

### RIFI - Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration: empirische Auswertung der Bestandsaufnahme 2000–2002

Frühauf, Hans-Peter; Huth, Sandra

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Frühauf, H.-P., & Huth, S. (2004). *RIFI - Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration: empirische Auswertung der Bestandsaufnahme 2000–2002*. Mainz: Land Rheinland-Pfalz Staatskanzlei Landesbeauftragte für Ausländerfragen; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-379534>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



# RIFI

*Rheinland-Pfälzische Initiative  
für Integration*

Empirische Auswertung  
der Bestandsaufnahme  
2000–2002



**RIFI**

Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration

Empirische Auswertung der Bestandsaufnahme  
2000–2002  
von Hans-Peter Frühauf  
und Sandra Huth

Institut für Sozialpädagogische Forschung  
Mainz e.V.

	Vorwort	<b>4</b>
	Vorbemerkungen	<b>6</b>
<b>■</b>	<b>Teil 1: Struktur und Inhalte der rheinland-pfälzischen Integrationsmaßnahmen</b>	
1	Methodische Anlage der quantitativen Auswertung	<b>10</b>
1.1	Zur Definition der Erhebungseinheit	<b>10</b>
1.2	Zur Unterscheidung der Erfassungsebenen	<b>10</b>
1.3	Reichweite und Grenzen der Untersuchung	<b>11</b>
1.4	Umfang bzw. Rücklauf der Befragung	<b>11</b>
2	Ergebnisse der quantitativen Auswertung	<b>11</b>
2.1	Struktur der beteiligten Träger, Institutionen, Initiativen	<b>11</b>
2.2	Inhaltliche Ausrichtung der gemeldeten Integrationsmaßnahmen	<b>14</b>
2.3	Zielgruppe sowie Adressatinnen und Adressaten der Integrationsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz	<b>18</b>
2.4	Finanzielle und personelle Ausstattung der Integrationsmaßnahmen	<b>21</b>
2.5	Regionale Verteilung der Integrationsmaßnahmen	<b>24</b>
3	Zusammenfassung der quantitativen Auswertungsergebnisse	<b>29</b>

# Inhalt

## ■ ■ Teil 2: Die innere Logik der Integrationsarbeit

1	Methodisches Vorgehen und Durchführung der qualitativen Untersuchung	<b>32</b>
1.1	Stichprobenziehung	<b>32</b>
1.2	Methodischer Zugang und Auswertungsschritte	<b>32</b>
2	Ergebnisse der qualitativen Auswertung	<b>33</b>
2.1	Ehrenamtliche Integrationsmaßnahmen	<b>33</b>
2.1.1	Fallbeispiel 1: Ehrenamtliche Arbeit im Gemeinwesen: Leseabende für Schüler und Schülerinnen türkischer Herkunft	<b>36</b>
2.1.2	Fallbeispiel 2: Ehrenamtliche Arbeit im Stadtteil/Gemeinde. Kirchliche Initiative	<b>37</b>
2.1.3	Fallbeispiel 3: Ehrenamtliche Arbeit, landesweit	<b>38</b>
2.1.4	Integrationspolitische Schlussfolgerungen	<b>38</b>
2.2	Der professionelle Sektor	<b>39</b>
2.2.1	Das Modell der <i>Trichterpädagogik</i> am Beispiel von Qualifizierungsmaßnahmen. Integration als einseitiger Prozess	<b>39</b>
2.2.2	Integrative Projektansätze. Integration als Prozess der Erfahrung und Aneignung sozialer Räume	<b>42</b>
2.2.3	Orientierungsmuster in der professionellen Integrationsarbeit	<b>43</b>
2.3	Zwischenresümee auf der Grundlage der Analyse ehrenamtlicher und professioneller Zugänge	<b>44</b>
2.3.1	Identifizierte Orientierungen in der Integrationsarbeit	<b>44</b>
2.3.2	Konzeptentwicklung und implizite Integrationsbegriffe	<b>45</b>
2.4	Integrationsmaßnahmen zur politischen und strukturellen Einflussnahme	<b>46</b>
3	Typen der Integrationsarbeit in Ehrenamt, Profession und Politik	<b>48</b>
3.1	Der ehrenamtliche Bereich	<b>49</b>
3.2	Der professionelle Bereich	<b>49</b>
3.3	Integrationsmaßnahmen auf der politischen Ebene	<b>50</b>
3.4	Ausblick auf Strukturierung und Innovation der Integrationsarbeit	<b>50</b>
4	Zusammenfassung	<b>52</b>
4.1	Um was geht es? Inhaltliche Hauptlinien der Integrationsarbeit	<b>52</b>
4.2	Von wem ist die Rede? Zielgruppen der Integrationsarbeit	<b>53</b>
4.3	Ausstattung und Reichweite der gemeldeten Integrationsmaßnahmen	<b>53</b>
4.4	Typen der Integrationsarbeit	<b>53</b>
	Anhang	<b>55</b>

# Vorwort

Die Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration (RIFI) ist ein landesweites Gremium, in das im August 2002 45 Mitglieder berufen wurden. Sie vertreten die Ressorts der Landesregierung, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Wissenschaft, die Nichtregierungsorganisationen, die Wohlfahrtsverbände sowie die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus sind auch Personen aufgrund ihrer besonderen Erfahrungen als Migrantinnen und Migranten in dieses Gremium berufen worden. Aufgabe und Ziel dieses kooperativen Zusammenschlusses ist es, auf übergeordneter Ebene aktuelle Fragen des Integrationsprozesses von Zugewanderten und Einheimischen in Rheinland-Pfalz zu diskutieren, sich über Perspektiven und Notwendigkeiten der Gestaltung des Integrationsprozesses auszutauschen und daraus Empfehlungen an die Handelnden in allen Bereichen der Integration abzuleiten.

Das Gremium verabschiedete ein Arbeitsprogramm, dessen erster Teil eine Bestandsaufnahme der im Zeitraum 2000 - 2002 durchgeführten Integrationsmaßnahmen bildete. Hintergrund und Ausgangspunkt dafür waren die folgenden Fragen: Wie lässt sich die „Integrationslandschaft“ in Rheinland-Pfalz beschreiben und wo stehen wir aktuell in diesem Prozess? Welche Erfahrungen liegen mit unterschiedlichen Zugängen und Arbeitsansätzen vor und welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen?

Die Mitglieder der Initiative beteiligten sich an der Bestandsaufnahme und trugen Sorge dafür, dass der für diesen Zweck entwickelte Fragebogen über ihre institutionellen Strukturen weitergeleitet und beantwortet wurde. Daraus folgt aber auch zwingend, dass die Ergebnisse nicht im Sinne einer kompletten oder im statistischen Sinne repräsentativen Bestandserhebung zu verstehen und zu interpretieren sind, sondern als ein Überblick, der notwendigerweise und aus seinem Entstehungszusammenhang heraus unvollständig bleiben muss. Dennoch handelt es sich um die erste Bestandsaufnahme dieser Art in Rheinland-Pfalz, die einen wertvollen Fundus an weitreichenden

Informationen bietet. Das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz (ism) wurde mit der quantitativen und qualitativen Auswertung beauftragt und erstattete dem Gremium in zwei Sitzungen mündlichen Bericht.

Im zweiten Schritt des vom Gremiums, beschlossenen Arbeitsprogramms wurden thematische Arbeitsgruppen gebildet, in welchen nicht nur die Mitglieder des Gremiums sondern darüber hinaus weitere sachkundige Personen Vorschläge für Empfehlungen entwickeln, die sich - vom Gremium verabschiedet - an alle am Integrationsprozess Beteiligten richten werden. In diese Diskussion werden die Ergebnisse der Bestandsaufnahme einfließen. Sie sollen vor allem Orientierung bieten, vorliegende Erfahrungen systematisieren, zu einer verbesserten Vernetzung beitragen und anschlussfähige Arbeitsansätze kennzeichnen, um daraus Impulse zu gewinnen und - wo nötig - auch Korrekturen abzuleiten.

Allen Mitgliedern der Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration gebührt Dank für ihre Beteiligung und Unterstützung, ohne die das Material, auf dem die Auswertung basiert, nicht hätte zusammen getragen werden können. Dem Institut für Sozialpädagogische Forschung, vertreten durch Frau Sandra Huth und Herrn Hans-Peter Frühauf als Durchführende der Auswertung, sei ebenfalls gedankt. Sie haben die vielfältigen Hinweise und Anregungen aus dem Gremium aufgegriffen, sich der Diskussion gestellt und es ermöglicht, dass wir mit dieser Veröffentlichung die Ergebnisse nun auch der interessierten Fachöffentlichkeit vorlegen können.

Maria Weber  
Landesbeauftragte für Ausländerfragen Rheinland-Pfalz

# Vorbemerkung

Im August 2002 gründete die rheinland-pfälzische Ausländerbeauftragte, Maria Weber, den landesweiten Arbeitskreis „Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration“ (RIFI); ein Gremium, dem rund 50 Personen aus Landespolitik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen, Kommunalpolitik sowie aus der Integrationspraxis angehören. Das Gremium hat es sich zur Aufgabe gemacht, das landesweit vorhandene Fachwissen und die Praxiserfahrung in der Integrationsarbeit zu bündeln und zu vernetzen sowie eine landesweite Verständigung über Umfang, Inhalte und konkrete Gestaltung der Integration von Migrantinnen und Migranten zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Mitglieder von RIFI dazu entschlossen, eine Bestandsaufnahme der rheinland-pfälzischen Integrationsmaßnahmen für Migranten und Migrantinnen durchzuführen. Einerseits mit dem Ziel einen Überblick über die unterschiedlichen Integrationsmaßnahmen, Projekte und Aktivitäten wie auch über die einzelnen Akteurinnen und Akteure, die es in Rheinland-Pfalz im Bereich Migration gibt, zu erhalten. Andererseits sollten Erkenntnisse über den in der Praxis vorherrschenden Integrationsbegriff gewonnen werden.

In einem ersten Schritt wurde hierzu ein relativ offen gehaltener Fragebogen entwickelt, mit dessen Hilfe ermittelt werden konnte, wer für wen Integrationsmaßnahmen durchführt und wie diese gestaltet sind. Über die Mitglieder des Gremiums wurde dann die Verteilung des Fragebogens vorgenommen, so dass möglichst viele Akteure und Akteurinnen des Bereiches Integration erreicht werden konnten.

Das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism) erhielt in einem zweiten Schritt den Auftrag, das eingegangene Datenmaterial quantitativ und qualitativ auszuwerten. Der vorliegende Bericht dokumentiert die Auswertungsergebnisse. Im ersten Teil wird die Struktur und die inhaltliche Ausrichtung der gemeldeten Integrationsmaßnahmen entlang eines Kategoriensystems verdeutlicht. Darunter fallen zudem die Ergebnisse in Bezug zu den erreichten Zielgruppen, der finanziellen und personellen Ausstattung sowie der regionalen Verteilung der Maßnahmen. Die qualitative Untersuchung verfolgt in einem weiterführenden Schritt die Frage, wie die Integrationsmaßnahmen von den Akteurinnen und Akteuren inhaltlich begründet und ausgestaltet werden. Die Analyse von ausgewählten Maßnahmen mündet dann in eine erste Typisierung der hier erfassten rheinland-pfälzischen Integrationsarbeit.



■

**Struktur und Inhalte der rheinland-pfälzischen  
Integrationsmaßnahmen**

1

## 1. Methodische Anlage der quantitativen Auswertung

Bei der Bestandsaufnahme wurde der Versuch unternommen, möglichst alle Integrationsmaßnahmen und -aktivitäten der Jahre 2000 bis 2002 zu erfassen. Dem Ziel entsprechend, die Vielfalt der rheinland-pfälzischen Integrationsarbeit abzubilden, wurde jegliche Maßnahmenart oder Aktivität in die Erfassung einbezogen. Das heißt, es wurden nicht nur reine (zeitlich befristete) Projekte erfasst, sondern auch die laufenden Arbeiten, Kampagnen oder Initiativen, die keinen Projektcharakter haben.

Dies wurde erreicht, indem ein Fragebogen entwickelt wurde, der durch die offenen Fragen möglichst viel Spielraum bei der Beantwortung ermöglichte. Zudem wurde im Vorfeld der Befragung nicht definiert, was eine Integrationsmaßnahme ist und wer somit an der Befragung teilnehmen darf. Vielmehr war es den Akteuren und Akteurinnen überantwortet zu entscheiden, ob sie ihre Maßnahmen oder Aktivität dem Bereich der Integration zuordnen oder nicht.

Die Offenheit des Erhebungsprozesses ermöglichte die Abbildung eines breiten Spektrums der Integrationslandschaft. Um allerdings quantitativ aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, musste im weiteren Verlauf der Bestandsaufnahme die Fülle des Materials auf quantitativ auswertbare Aspekte reduziert werden. Auf der Basis des vorliegenden Materials (Rücklauf) wurden die Antworten in eine neue Ordnung gebracht; es wurden Kategorien gebildet, die eine statistische Bearbeitung des weitgefächerten Untersuchungsbereiches ermöglichen.

Dabei wurde die Systematisierung bzw. Kategorienbildung mit zwei Problembereichen konfrontiert, deren Erläuterung in den folgenden zwei Abschnitten wertvolle Hinweise für die Konzeptionierung und Durchführung zukünftiger Bestandsaufnahmen im Integrationsbereich in Rheinland-Pfalz liefern.

### 1.1 Zur Definition der Erhebungseinheit

Die Sichtung des Auswertungsmaterials offenbarte große inhaltliche und strukturelle Unterschiede zwischen den verschiedenen gemeldeten Maßnahmen, Angeboten und Aktivitäten. Letztendlich entspricht dies der Realität der Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz. Es ist aber auch ein Ausdruck dafür, dass keine eindeutige Erhebungseinheit definiert wurde, weil in dieser ersten Bestandserhebung nur so eine Annäherung an den eher indirekt, in der Praxis und im Zusammenhang mit dem jeweiligen Kontext entwickelten Integrationsbegriff (inklusive Zielen, Methoden etc.) möglich war.

### 1.2 Zur Unterscheidung der Erfassungsebenen

Die inhaltlichen und strukturellen Unterschiede innerhalb des Auswertungsmaterials resultieren daraus, dass die Akteure und Akteurinnen bzw. Träger der Maßnahmen, Aktivitäten und Angebote auf den unterschiedlichsten Ebenen angesiedelt sind („hierarchische Schieflage“). Dies hatte zur Folge, dass einige Träger, Projekte und Angebote doppelt aufgeführt waren. Diese doppelte Nennung entstand u.a. deshalb, weil unterschiedliche Ebenen innerhalb der Institutionenhierarchie (lokale oder Bezirksebene) oder aber hinsichtlich des Zuständigkeitsbereiches angeschrieben wurden.

Beispielsweise listeten Finanzträger (Ministerien, Kommunen, Arbeitsämter etc.) – in der Sache korrekt – Projekte, die von anderen Institutionen durchgeführt werden, als eine Aktivität ihres Hauses auf. Nach der Logik der vorliegenden Bestandsaufnahmen wurde jedoch die Institution, die mit der Projektdurchführung betraut ist, als Projekt- bzw. Maßnahmenträger systematisiert. Die Aktivitäten

und Leistungen der geldgebenden Stellen, d.h. der Finanzträger, wurden in der Kategorie Finanzierung erfasst.

Ein weiteres Beispiel für strukturelle Probleme hinsichtlich der Erfassungsebenen sind die Kommunen, die Interkulturelle Büros unterhalten. Diese könnten als ein unbefristetes Angebot einer Kommune gewertet werden. Sie können aber auch als Maßnahmenträger angesehen werden. In dieser Logik haben Interkulturelle Büros dann verschiedene befristete und unbefristete Angebote unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung, die durch die Kommune oder andere Finanzquellen finanziert werden.

### 1.3 Reichweite und Grenzen der Untersuchung

Bei der Bestandsaufnahme handelt es sich nicht um eine Vollerhebung aller in Rheinland-Pfalz aktuell und/oder in der Vergangenheit durchgeführten Integrationsmaßnahmen und -angebote, sondern um die Sammlung derjenigen Maßnahmen und Aktivitäten, die im Einzugsbereich der RIFI-Mitglieder lagen. Zudem sind nicht alle Akteure und Akteurinnen der Integrationsarbeit über verbandliche oder sonstige institutionalisierte Vertreterinnen und Vertreter in RIFI vertreten (z.B. Ehrenamtliche und Ausländervereine, die nicht über solche Strukturen verfügen) und hatten von daher keinen Zugang zur und keine Kenntnisse über die Bestandserhebung.

Von daher zielt die Auswertung nicht auf Repräsentativität. Die Bestandserhebung bietet jedoch einen Überblick über inhaltliche Arbeitsfelder in Rheinland-Pfalz und liefert Erkenntnisse darüber, welche Integrationsbegriffe bei den Mitgliedern von RIFI und in der durch ihren Arbeitskreis angesprochenen Praxis vorherrschen.

### 1.4 Umfang bzw. Rücklauf der Befragung

An der Bestandserhebung beteiligten sich insgesamt 163 Institutionen, Träger, Initiativen oder Personen. Diese meldeten 866 von ihnen definierte Integrationsmaßnahmen. Es wurden die Maßnahmen und Aktivitäten gemeldet, die im Zeitraum von 2000 bis 2002 stattfanden oder begonnen wurden und heute noch bestehen.

**Tabelle 1: Rücklauf der Befragung**

Zeitraum 2000 bis 2002	Anzahl der erfassten Institutionen/Träger	Anzahl der erfassten Integrationsmaßnahmen
	163	866

## 2. Ergebnisse der quantitativen Auswertung

### 2.1 Struktur der beteiligten Träger, Institutionen, Initiativen

Die Zusammensetzung der insgesamt 163 Akteure und Akteurinnen der Integrationsarbeit, die sich an der Bestandserhebung beteiligten, erwies sich als relativ heterogen. Außer der Kategorie „Sonstiges“, die nicht zuordnungsfähige Einzelfälle beinhaltet<sup>1</sup>, konnten insgesamt 13 verschiedene

Institutionen- bzw. Trägertypen identifiziert werden. Durch die Systematisierung des Spektrums der Beteiligten wird deutlich, welche gesellschaftlichen Bereiche und institutionellen Rahmungen in der Bestandserhebung abgedeckt wurden.

Tabelle 2 illustriert, dass die Volkshochschulen<sup>2</sup> in Rheinland-Pfalz, mit insgesamt 27 Rückmeldungen am häufigsten an der Bestandserhebung teilnahmen. Weitere 26 Beteiligungen sind kommunalen Trägern bzw. Institutionen, d.h. Orts- und Verbandsgemeinden sowie Landkreisen und kreisfreien Städten zuzurechnen. Somit kamen etwa ein Drittel aller Rückmeldungen aus dem kommunalen, öffentlichen Bereich. Zusätzlich sind 6,1 Prozent des Engagements auf einer landweiten, öffentlichen Ebene zu verzeichnen. Dahinter verbergen sich 10 Nennungen von Ministerien, Schulen, (Fach-)Hochschulen, der Landesbeauftragten für Ausländerfragen und von Landesinstituten wie der Landeszentrale für politische Bildung und des Pädagogischen Zentrums, die alle Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten zu ihrem Betätigungsfeld zählen.

Bei 21 Fällen handelt es sich um Antworten sogenannter Trägerkooperationen. 12,9 Prozent der Beteiligungen gehen auf Aktivitäten, wie beispielsweise die Organisation und Durchführung einer Interkulturelle Woche zurück, die aus der Zusammenarbeit verschiedener Träger oder gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen resultieren.

Mit einem Anteil von rund 21 Prozent setzt sich der nächste große Block der Teilnahme aus dem Bereich der freien und professionellen Trägerschaft integrativer Maßnahmen für Migranten und Migrantinnen zusammen. Bei genauerer Betrachtung findet sich auch hier ein diversifiziertes Bild. Die größte Gruppe innerhalb dieses Bereiches bilden mit 9,2 Prozent kleine lokale Träger, die in einem begrenzten lokalen Raum agieren und zwar häufig in der Verfasstheit eines gemeinnützigen Vereines oder einer Selbsthilfegruppe, aber mit hauptamtlichen, professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zudem gab es noch 10 Beteiligungen von überregionalen Bildungsträgern, die sich von der vorhergehenden Gruppe in ihrer Größe und überregionalen Ausrichtung unterscheiden, sowie 9 Beteiligungen von Trägern, die Wohlfahrtsverbänden angehören.

Ein weiterer Institutionen- bzw. Trägertyp konnte im kirchlichen Umfeld ermittelt werden: insgesamt 9 Teilnahmen an der Bestandsaufnahme fallen auf Kirchengemeinden, religiöse Gruppen oder Diözesen etc.

Einen weiteren Typus an Integrationsmaßnahmen bilden solche, die eher im privaten, ehrenamtlichen Bereich anzusiedeln sind. Immerhin beteiligten sich 9 private Initiativen, Gruppen oder Vereine an der Bestandserhebung. Zudem haben 6 Arbeitskreise, Arbeitsgruppe bzw. non-profit-Organisationen, die sich aus bestimmten Zusammenhängen der Thematik gewidmet haben, teilgenommen. Der Anteil an Rückmeldungen aus diesem ehrenamtlichen oder gesellschaftspolitisch aktiven Feld beträgt insgesamt 9,2 Prozent.

Mit 5 Rückmeldungen betrug der Anteil der kommunalen Ausländerbeauftragten oder Interkulturellen Büros 3,1 Prozent der an der Bestandserhebung beteiligten Träger und Institutionen. Die kleinste Gruppe derjenigen, die sich an der Bestandserhebung beteiligten, bilden mit 2,5 Prozent kommerzielle Anbieter.

Auch wenn sich das Spektrum der Institutionen und Träger, die teilgenommen haben, als vielfältig erweist, so lässt sich dennoch jetzt schon eine Richtung erkennen, in die die weiteren Auswertungen führen werden. Auf Grund der hohen Beteiligung der Volkshochschulen ist zu erwarten, dass der Schwerpunkt der gemeldeten Aktivitäten im sprachlichen Bereich angesiedelt sein wird und



dadurch ein etwas verzerrtes Bild der realiter existierenden Integrationsmaßnahmen entsteht. Unter diesem Vorbehalt sind die folgenden Ergebnisse hinsichtlich der identifizierten inhaltlichen Ausrichtungen<sup>3</sup> zu betrachten.

**Tabelle 2: Anzahl und Anteil der beteiligten Institutionen, Träger, Initiativen etc. unterteilt nach Institutionen- bzw. Trägertypen (Rangfolge)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent</i>
VHS	27	16,6
Kommunale Träger	26	16,0
Träger-/Institutionenkooperationen	21	12,9
Kleine lokale Träger	15	9,2
Sonstige	14	8,6
Land	11	6,7
Überregionale Bildungsträger	10	6,1
Priv. Initiativen u. Gruppen, Vereine	9	5,5
Wohlfahrtsverbände	9	5,5
Kirchliche Träger/Institutionen	6	3,7
NGO, AKs, AGs	6	3,7
Komm. Ausländerbeauftragte/Interkult. Büros	5	3,1
Kommerzielle Anbieter	4	2,5
<b>Gesamt</b>	<b>163</b>	<b>100</b>

Wird betrachtet, wie viele der 866 Maßnahmen von den einzelnen Institutionen- bzw. Trägertypen genannt wurden, dann wird deutlich, dass die inhaltlichen Schwerpunkte der Bestandserhebung allein durch die Beteiligung einer Gruppe (Volkshochschulen) stark beeinflusst wird.

Tabelle 2 zeigt, dass für den Zeitraum 2000 bis 2002 insgesamt 265 – also die meisten – Maßnahmen, Aktivitäten oder Kurse (30,6 Prozent) von den 27 beteiligten Volkshochschulen genannt wurden. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um Sprachkurse.

Daneben wurden 147 Maßnahmen, Projekte oder Aktivitäten von den Wohlfahrtsverbänden sowie 113 von Institutionen des Landes gemeldet, wobei ein großer Anteil auf die Meldungen der Landesbeauftragten für Ausländerfragen entfällt.

<sup>1</sup> In der Kategorie „Sonstiges“ wurden die Beteiligungen erfasst, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden konnten und nicht so häufig auftraten, um sinnvolle eigene Kategorie zu bilden. Hierzu zählen beispielsweise die Beteiligung des Lion-Clubs, des Landessportbundes, des Studienkreises Schule und Wirtschaft, des Sprachverbandes, des Südwestrundfunks usw.

<sup>2</sup> In der Kategorie „Volkshochschule“ wurden die Beteiligungen von örtlichen sowie von Verbandsgemeinde- und Kreisvolkshochschulen zusammengefasst.

<sup>3</sup> Siehe Kapitel 2.4

**Tabelle 3: Anzahl und Anteil der Integrationsmaßnahmen, die von den verschiedenen Institutionen- bzw. Trägertypen angeboten werden (Rangfolge)**

	<i>Absolut</i>	<i>Prozent</i>
VHS	265	30,6%
Wohlfahrtsverbände	147	17,0%
Land	113	13,0%
Kleine lokale Träger	68	7,9%
Private Initiativen u. Gruppen, Vereine	45	5,2%
Kommunale Träger	43	5,0%
Trägerkooperationen	38	4,4%
Landesbeauftragte für Ausländerfragen	38	4,4%
NGO, AK's, AG's	25	2,9%
Überregionale Bildungsträger	21	2,4%
Komm. Ausländerbeauftragte/Interkulturelle Büros	20	2,3%
Sonstige	18	2,1%
Kirchliche Träger	17	2,0%
Kommerzielle Anbieter	8	0,9%
	<b>866</b>	<b>100,0%</b>

## 2.2 Inhaltliche Ausrichtung der gemeldeten Integrationsmaßnahmen

Die 866 gemeldeten Integrationsmaßnahmen, Projekte und Aktivitäten weisen hinsichtlich der Art ihres Inhalts eine große Bandbreite auf. Dabei zeichnen sie sich nicht selten dadurch aus, dass sie unterschiedliche Anforderungen, Tätigkeitsfelder und Angebote miteinander vereinen. Ein Beispiel hierfür sind Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die in erster Linie auf Angeboten zur beruflichen Integration basieren, die aber je nach Bedarf auch mit integrierten Sprachkursen angereichert werden und bei denen häufig Tätigkeiten im Bereich Vernetzung und Koordination konzeptionell verankert sind. Viele der gemeldeten Integrationsmaßnahmen können also keinem reinen Maßnahmen-, Projekt- oder Aktivitätentypus (wie etwa Sprachkurs) zugeordnet werden. Um die inhaltlichen Unterschiede der Integrationsmaßnahmen dennoch beschreiben zu können, wurde die Kategorie „inhaltliche Ausrichtung“ eingeführt. Diese Kategorie bezeichnet nicht einen Maßnahmetypus, sondern die Arbeitsfelder, Arbeitsschwerpunkte oder Unternehmungen, aus denen eine Maßnahme, ein Projekt oder eine Aktivität bestehen kann. Mit anderen Worten kann es damit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen geben, die „nur“ eine inhaltliche Ausrichtung (berufliche Integration) oder die noch weitere wie beispielsweise „Sprachkurs“ und „Vernetzung und Koordination“ aufweisen.



Nach der Sichtung des gesamten Materials konnten – inklusive des Items „Sonstiges“ – 20 verschiedene inhaltliche Ausrichtungen extrahiert werden, die unterschiedlich häufig angegeben wurden. Eine Integrationsmaßnahme kann mehrere inhaltliche Ausrichtungen haben (siehe obiges Beispiel), und dementsprechend wurden insgesamt 1224 diesbezügliche Angaben erfasst.

Wie bereits die Auswertung der Trägerarten vermuten lässt, liegt der inhaltliche Schwerpunkt der gemeldeten Integrationsmaßnahmen bei dieser Bestandsaufnahme auf der sprachlichen Förderung von Migrantinnen und Migranten. Wie Tabelle 4 zeigt, sind in 38 Prozent der Fälle Sprach- und Alphabetisierungskurse als Integrationsmaßnahme genannt worden.

Ein weiterer großer Anteil, mit 23 Prozent der Nennungen, entfällt auf Integrationsmaßnahmen des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung und Information, die sich sowohl an Migranten- und Migrantinnen wie auch an Einheimische als Zielgruppe richtet. Hierbei handelte es sich eher um Maßnahmen, die regelmäßig stattfanden, aber auch dann nur einmal im Jahr oder einmal im Monat. Es sind darunter beispielsweise „Interkulturelle Wochen“ zu fassen sowie anderweitige Veranstaltungen oder auch Publikationen.

In knapp 11 Prozent der Fälle – und somit am dritthäufigsten – wurden Fort- und Weiterbildungen genannt. Diese beziehen sich sowohl auf Migranten und Migrantinnen, wie etwa beim Seminar über Kindererziehung für türkische Migrantinnen, als auch auf Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, wie bei dem Tagesseminar zum Thema Religion in fremden Kulturen.

Mit nur sechs Nennungen und einem Anteil von nur 0,7 Prozent der Fälle wurden Integrationsmaßnahmen angegeben, die in den Bereich Studium oder Ausbildung einzuordnen sind. Da sich diese aber an Studierende und Auszubildende, also auch an Multiplikatoren und Multiplikatorinnen richten und auf ihre Professionalität bezüglich migrationsspezifischer Themen zielen, dürfte ihre Wirkung erheblich sein.

In 10 Prozent der Fälle wurden explizit soziale Angebote für Migranten und Migrantinnen als inhaltliche Ausrichtung der Integrationsmaßnahme genannt. Darunter sind zu verstehen Stammtische, Frauentreffs, Teestuben, Sportangebote, soziale Angebote, die zur Freizeitgestaltung der Zielgruppe angesetzt worden sind und die auch auf die Möglichkeit zur Begegnung und zum (kulturellen) Austausch in einem Lebensraum zielen. Die nähere Betrachtung zeigte, dass die aufgeführten sozialen Angebote eher ehrenamtlichen Initiativen entstammen.

Dass Integrationsarbeit auf soziale, gesellige und freizeitgestaltende Momente setzt sowie häufig in einem privaten Raum angesiedelt wird, verdeutlichen weitere Nennungen zur inhaltlichen Ausrichtung der Integrationsmaßnahmen. In 5 Prozent der Fälle wurde die Förderung der Begegnung von Migranten und Migrantinnen mit Einheimischen als Handlungsziel angegeben, und bei 2 Prozent der Fälle bezogen sich die Aktivitäten auf Freizeiten und Ferienangebote für Kinder und Jugendliche. Immerhin 65 mal, d.h. in 7,5 Prozent der Fälle, wurden Integrationsmaßnahmen wie interkulturelles Theater, Wanderausstellungen, Kulturwoche u.ä. aufgeführt, Aktivitäten also, die in den kulturellen Bereich fallen.

Ebenfalls etwas häufiger, insgesamt 76 mal, wurden Maßnahmen und Projekte erwähnt, die auf berufliche Integration zielen. Hierzu zählen Berufsvorbereitungs- oder Orientierungskurse, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, überbetriebliche Ausbildungen etc., die über verschiedene Finanzierungsmodi abgewickelt werden und die entweder ausschließlich oder unter anderem Migrantinnen und Migranten als Zielgruppe haben.

Ein anderer Teil der Nennungen hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung von Integrationsmaßnahmen bezieht sich auf einen gesellschaftspolitischen Bereich. In 7,5 Prozent der Fälle handelt es sich um Aktivitäten, die zwar auch personenbezogen sind, vielmehr jedoch auf Strukturveränderungen abzielen. Beispielfhaft sind hier Aktivitäten von Runden Tischen, Ausländerbeiräten oder Arbeitskreisen, die speziell zum Thema Asyl oder zu flüchtlingspolitischen Fragen arbeiten, anzuführen. Wenn auch unter Umständen auf einer anderen politischen Ebene angesiedelt oder mit anderer Zielrichtung behaftet, so lässt sich eine weitere – wenn auch mit 37 Nennungen nicht allzu große – Gruppe von Integrationsmaßnahmen identifizieren, die dem politischen Feld zugerechnet werden können. Gemeint sind hierbei Entwürfe oder Vorlagen zu Gesetzen oder Verordnungen, deren Anteil an allen Fällen 4 Prozent beträgt.

Ein weiteres interessantes Aktionsfeld der Integrationsarbeit sind Beratungsangebote. Diese sind häufig im Bereich psychosozialer Professionalität angesiedelt; dabei richten sie sich von ihrem Auftrag oder von ihrem gesetzlichen Hintergrund her entweder an alle (z.B. Lebensberatung) oder, wie beispielsweise bei Verfahrensberatungen von Asylsuchenden oder bei Migrationsdiensten, speziell und ausschließlich an Migrantinnen und Migranten. Es wurden jedoch auch Beratungsangebote gemeldet, die von Ehrenamtlichen organisiert und durchgeführt werden. Insgesamt wurde der Beratungsbereich 51 mal bzw. in 6 Prozent der Fällen genannt.

Weitere inhaltliche Ausrichtungen von Integrationsmaßnahmen beziehen sich speziell auf Kinder und Jugendliche. So wurden in 41 Fällen Hilfen bei Schulschwierigkeiten, wie beispielsweise Hausaufgabenhilfen, sowie in 16 Fällen die Förderung in Kindertagesstätten als inhaltliche Zielrichtung angegeben. Insgesamt 30 mal wurde Jugendarbeit, etwa in Jugendtreffs oder -zentren, als inhaltliche Ausrichtung von Integrationsmaßnahmen angegeben.

Ein Beispiel für die unterschiedliche Beantwortung der Frage, ob die eigenen Maßnahme oder Aktivität der Integration dient oder nicht, fand sich bei der Durchsicht der Antworten aus dem Bereich der Jugendhilfe. Jugendzentren sind eine Einrichtung der Jugendhilfe mit allgemeinem Förder- und Bildungsauftrag für alle Jugendlichen. Ihre vordergründige Zielgruppe ist nicht die der Migranten und Migrantinnen, und ebenso wenig ist die Förderung von Begegnung verschiedener Kulturen Auslöser für ihre Existenz. Eine eindeutige Wertung dieses Angebotes als Integrationsarbeit ist daher schwierig. Realiter ist aber in vielen Jugendzentren der Anteil an Migranten und Migrantinnen hoch; die Jugendarbeit beinhaltet faktisch migrationspezifische Themen und interkulturelle Begegnungen und Konflikte. Unter diesem Aspekt haben einige Akteure und Akteurinnen dieses Feldes ihre Angebote reflektiert. Sie definierten ihr Angebot, qua vorhandener Struktur in den Jugendzentren, als Integrationsarbeit und beteiligten sich von daher an der Bestandserhebung. Hätten alle Jugendzentren eine derartige Definition vorgenommen, so müsste der Anteil der Antworten aus diesem Bereich erheblich größer sein, da es sich um ein Regelangebot jeder Kommune handelt.

Eine ähnliche Interpretation hinsichtlich des Antwortverhaltens der Praktikerinnen und Praktiker erlauben die 18 Rückmeldungen aus dem Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit bzw. Gemeinwesenarbeit. Teilweise ist dieses Angebot explizit integrativ mit migrationspezifischen und interkulturellen Elementen konzipiert. In einigen Fällen handelt es sich aber um Stadtteilarbeit mit der gesamten Bevölkerung als Zielgruppe. Wenn die Bevölkerungsstruktur einen hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten aufwies, wurden diese Maßnahmen von einigen Akteurinnen und Akteuren vor Ort als Integrationsmaßnahme definiert, und sie nahmen an der Bestandserhebung teil. Da die Beteiligungen für dieses Feld insgesamt nicht sehr hoch sind, ist auch hier anzunehmen, dass nicht alle ihre Tätigkeit als Integrationsmaßnahme bewerteten.



Insgesamt 18 mal wurden Integrationsseminare, die speziell für Migrantinnen und Migranten angeboten werden, sowie in 7 Fällen Integrationshelfer/innen bzw. Integrationslotsen erwähnt. Abschließend sei auf die 17 Beteiligungen zur inhaltlichen Ausrichtung hingewiesen, die als „Vernetzung und Koordination“ bezeichnet werden können. Diese wurde insbesondere bei solchen Projekte und Initiativen genannt, die aus bestimmten Kontexten wie beispielsweise aus EU-Projekten entstanden sind.

Betrachtet man, wer sich durch die Anfrage „die eigenen Integrationsmaßnahmen zu melden“ angesprochen fühlte und in welcher Weise, so wird deutlich, dass allein die quantitative Auswertung der inhaltlichen Ausrichtung ein Schlaglicht darauf wirft, was unter „Integration“ von den einzelnen im Feld Agierenden verstanden wird.

**Tabelle 4: Verteilung der Integrationsmaßnahmen nach der inhaltlichen Ausrichtung (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 866, Antworten: 1224; Rangfolge)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle<sup>4</sup></i>
Sprach-/Alphabetisierungskurse	328	37,9%
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	198	22,9%
Fort- und Weiterbildung	98	11,3%
Soziale Angebote für Migranten/innen	87	10,0%
berufliche Integration	76	8,8%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	65	7,5%
Kulturelle Angebote	65	7,5%
Beratungsangebote	51	5,9%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	42	4,8%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	41	4,7%
Entwürfe/Vorlagen zu Gesetzen/Verordnung	37	4,3%
Jugendarbeit	30	3,5%
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	18	2,1%
Integrationsseminare	18	2,1%
Freizeiten/Ferienangebote	17	2,0%
Vernetzung und Koordination	17	2,0%
Förderung in Kindertagesstätten	16	1,8%
Integrationshelfer/innen, Integrationslotse	7	0,8%
Sonstiges	7	0,8%
Ausbildung/Studium	6	0,7%
Antworten insgesamt	<b>1224</b>	<b>141,4%</b>

<sup>4</sup> Auf Grund der Möglichkeit von Mehrfachantworten kann die Gesamtzahl der Nennungen (hier die zur inhaltlichen Ausrichtung einer Maßnahme) die Gesamtzahl der Fälle (Anzahl der Träger, die auf die Frage antworteten, hier: 866) übersteigen. Dies bedeutet, dass der Gesamtprozentwert i.d.R. über 100 Prozent liegt.

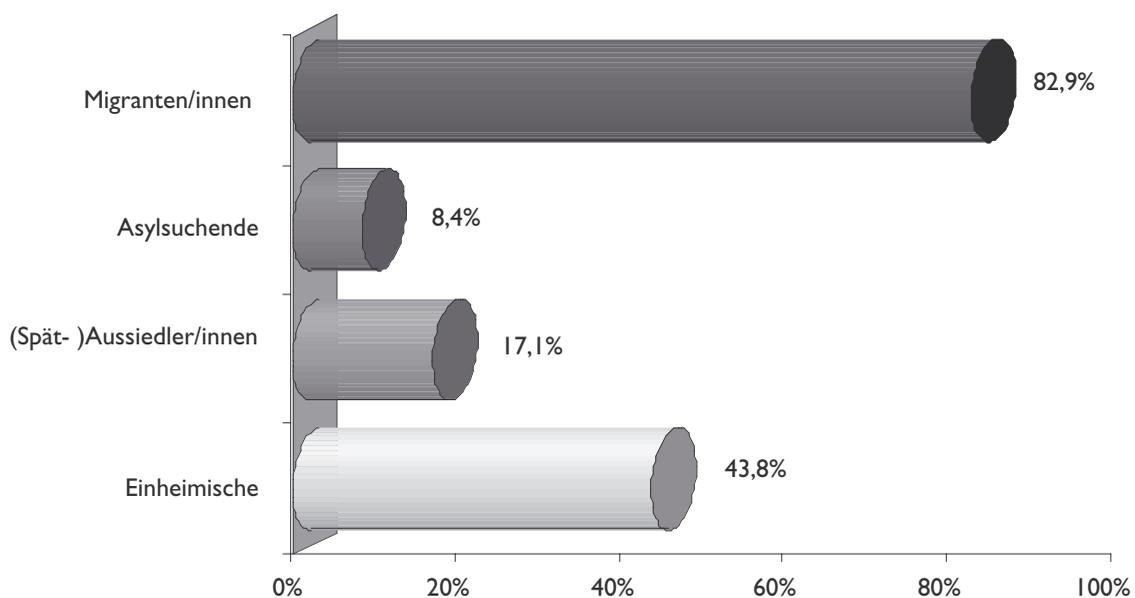
Es wurde festgestellt, dass sprachliche Förderung am häufigsten genannt wurde und dies einerseits aus der hohen Beteiligung der Volkshochschulen an der Befragung resultiert. Andererseits weist diese Quantität darauf hin, dass Sprache als ein wichtiger Aspekt der Integration gesehen wird. Ein erweiterter Integrationsbegriff zeigte sich auch bei einigen Fällen aus der Jugendarbeit (siehe oben). Denn hier wurde der Fragebogen der Bestandserhebung zum Teil so verstanden, dass auch in Jugendzentren, die prinzipiell allen offen stehen, Erfahrungen mit Integrationsarbeit für junge Menschen mit Migrationshintergrund gemacht werden.

### 2.3 Zielgruppe sowie Adressatinnen und Adressaten der Integrationsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz

Die einzelnen Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Initiativen wiesen teilweise sehr unterschiedliche Zielgruppen aus. Bei der Durchsicht des Materials wurde deutlich, dass es in der Praxis keine einheitliche Zielgruppendefinition gibt. Insgesamt bezogen sich die Angaben zur Zielgruppe auf unterschiedliche Merkmale, wie Migrationshintergrund, Status, soziale Rolle, Funktion, Geschlecht u.a. Um eine Auswertung vornehmen zu können, wurden die Antworten in drei Kategorien – Migrationshintergrund, Status und Geschlecht – systematisiert; deren Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt.

Hinsichtlich der Kategorie „Migrationshintergrund“ der Zielgruppe wurden vier verschiedene Antworten – Migranten/innen, Asylsuchende, (Spät-)Aussiedler/innen sowie Einheimische – identifiziert. Diese schlossen sich nicht gegenseitig aus, so dass für die 866 genannten Integrationsmaßnahmen oder Aktivitäten insgesamt 1318 diesbezügliche Antworten zu verzeichnen sind. In 82,9 Prozent der Fälle wurde angegeben, dass sich die Integrationsmaßnahme oder Aktivität u.a. an Mig-

**Abbildung 1: Migrationshintergrund der Zielgruppe in den Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 866, Antworten 1318)**



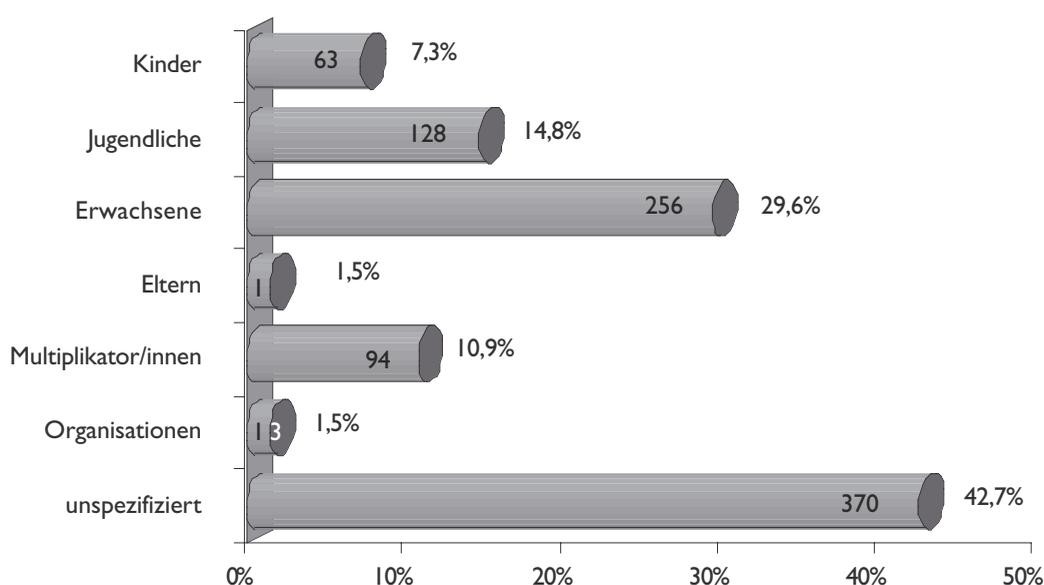


ranten bzw. Migrantinnen richtet (siehe Abbildung 1). Auf Grund der uneindeutigen Antworten in den Fragebögen ist diese Einteilung als relativ unspezifisch zu bewerten. Zwar fanden sich immer wieder Formulierungen wie „Ausländer/innen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ zur Bezeichnung der Zielgruppe, was aber damit gemeint war, blieb offen. Daher wurden diese Angaben dem ‚Sammelbegriff‘ „Migranten und Migrantinnen“ zugeordnet.<sup>5</sup>

Zwei Zielgruppen der Integrationsarbeit sind – im Gegensatz zur oben dargelegten begrifflichen Problematik – (bei expliziter Nennung) eindeutig identifizierbar: Asylsuchende und Spätaussiedler. In 8,4 Prozent der Fälle, d.h. 73 mal, wurden Asylsuchenden als Zielgruppe der Maßnahmen oder Aktivitäten charakterisiert. Dabei handelte es sich in 17 Fällen explizit um Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Projekte die ausschließlich Asylsuchende betreuten, sei es mittels Sprachkursen, aufsuchender Sozialarbeit, Öffentlichkeitsarbeit oder in Beratungen. Noch häufiger, d.h. bei 17,1 Prozent der Fälle, wurden (Spät-)Aussiedler und -aussiedlerinnen zur Zielgruppe gerechnet. Hier konnten sogar 56 Fälle gezählt werden, in denen diese Personengruppe explizit angesprochen wurde, beispielsweise durch Beratungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit, aufsuchende Sozialarbeit, Förderung in Kindertagesstätten, Hilfe bei Schulschwierigkeiten, Sprachkurse etc.

Neben den Maßnahmen, Aktivitäten und Projekten, die speziell für Migrantinnen und Migranten konzipiert wurden, konnten solche identifiziert werden, die sich ausdrücklich an Einheimische richten. Von den 379 Antworten bzw. 43,8 Prozent der Fälle, die angaben, auch Einheimische zur Zielgruppe zu haben, entfielen 53 Angaben auf Maßnahmen mit der exklusiven Zielgruppe Einheimische. Diese entstammten den Bereichen Fort- und Weiterbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit. Bei vielen beantworteten Fragebögen bezogen sich die Angaben zur Zielgruppe auch auf deren gesellschaftlichen Status (Mitglied in einer Organisation, Multiplikator oder Multiplikatorin)

**Abbildung 2: Adressaten und Adressatinnen der Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 866, Antworten: 937)**



<sup>5</sup> Präziser wäre eine Unterteilung in die zwei Rechtskategorien „Ausländer und Ausländerinnen“ sowie „Menschen mit Migrationshintergrund“. Die erste Bezeichnung steht dabei für Personen, die keinen deutschen Pass haben und letztere für Menschen, die beispielsweise als Deutsche geboren wurden, aber in Migranten/innenfamilien aufgewachsen sind, oder die etwa eingebürgert wurden.

oder deren soziale Rolle (Kind, Elternteil etc.). Diese Angaben wurden in einer weiteren Kategorie zusammengefasst. Da sich auch bei dieser Kategorie die Antwortmöglichkeiten nicht ausschließen (eine Maßnahme kann sich sowohl an Kinder als auch an Eltern richten), sind für die 866 Integrationsmaßnahmen, Projekte oder Aktivitäten insgesamt 937 Antworten zum Status der Adressatinnen und Adressaten zu verzeichnen.

Auch wenn viele Fragebögen (insgesamt 66 Prozent der Fälle) detailliertere Antworten zum Status enthielten, blieben die meisten Angaben unspezifiziert. In 43 Prozent der Fälle richteten sich die Integrationsmaßnahmen oder Aktivitäten mehr oder weniger an alle, oder es wurde darauf verzichtet, genauere Angaben zum Adressaten- und Adressatinnenkreis zu machen.

Insgesamt geht es bei der Integration eher um die Arbeit mit Erwachsenen, denn in immerhin 30 Prozent der Fälle wurden diese gesondert erwähnt. Zudem wurde in 10,9 Prozent der Fälle angegeben, dass sich die Maßnahme oder Aktivität an Multiplikatoren und Multiplikatorinnen richte, d.h. an Fachkräfte, Lehrerinnen und Pädagogen oder Ehrenamtliche. Dies ist insofern nicht verwunderlich, da Fort- und Weiterbildungsangebote als dritthäufigste inhaltliche Ausrichtung genannt wurden.

Ebenso deuteten bereits die inhaltlichen Ausrichtungen „Hilfe bei Schulschwierigkeiten“, „Förderung in Kindertagesstätten“, „Jugendarbeit“ sowie „Freizeiten und Ferienangebote“ darauf hin, dass die Adressatinnen und Adressaten dieser Angebote vornehmlich Kinder und Jugendliche sind. Die Nennung von Kindern in 7 Prozent der Fällen und von Jugendlichen in 15 Prozent der Fällen bestätigt dies. Dass auch Elternarbeit bei diesen Angeboten eine Rolle spielt, verdeutlichen die 13 Antworten, die u.a. Eltern als Adressatinnen und Adressaten bezeichneten.

Eine wichtige Frage ist die nach der Geschlechtsspezifik des Angebotes. Je nachdem, ob es sich an Mädchen (Frauen), Jungen (Männer) oder beide Geschlechter richtet, sollten Konzept und Planungen entsprechend abgestimmt sein. Die vorliegende Bestanderhebung erlaubt nur rudimentäre quantitative Aussagen über geschlechtsspezifische Aspekte der gemeldeten Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten und Angebote. In 89,5 Prozent der Integrationsmaßnahmen wurden keine geschlechtsspezifischen Angaben gemacht (vgl. Tabelle 5).

Dies liegt zum einen daran, dass diese Kategorie auf Grund der Offenheit des Fragebogens nicht explizit abgefragt wurde. Das heißt, auch wenn keine geschlechtsspezifischen Aussagen getroffen wurden, kann dennoch ein solches Angebot vorgelegen haben. Zum anderen hängt dies damit zusammen, auf welche Art und Weise die Arbeit in der Praxis dokumentiert wird. Findet die geschlechtsspezifische Ausrichtung keine Erwähnung, so könnte dies auch daran liegen, dass dem Thema keine große Wichtigkeit beigemessen wird.

Bei 10,5 Prozent der Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Angebote scheint die geschlechtsspezifische Konzeption eine so große Rolle gespielt zu haben, dass die Akteure und Akteurinnen sie explizit – auch ohne spezielle Abfrage – erwähnten. Fast alle dieser geschlechtsspezifischen Angebote richten sich explizit an Frauen; dies unterstreicht die Tatsache, dass Frauenförderung auch im Migrationsbereich eine wichtige Rolle spielt. Gleichzeitig ist jede Form der Arbeit und Förderung von Migrantinnen und Migranten, die die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und -perspektiven von Frauen und Männer berücksichtigt, innovativ und bedarfsorientiert. Vor diesem Hintergrund sind die drei Rückmeldungen zu betrachten, die sich speziell auf die Förderung von Jungen beziehen.



**Tabelle 5 Geschlechtsspezifik der Integrationsmaßnahmen**

<i>Integrationsmaßnahmen</i>	<i>Häufigkeit</i>	<i>Prozent</i>
für Frauen	88	10,2
für Männer	3	0,3
keine Angaben	775	89,5
Fälle insgesamt	866	100

#### 2.4 Finanzielle und personelle Ausstattung der Integrationsmaßnahmen

Einen wichtigen Anhaltspunkt über die Verfasstheit der Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz liefern Informationen zur finanziellen und personellen Ausstattung der Integrationsmaßnahmen. Drei verschiedene Fragen des Fragebogens beziehen sich auf diesen Themenbereich: Erstens sollten, soweit bezifferbar, die Kosten (Umfang) und zweitens die Finanzierung, d.h. die Geldgeber oder -quellen der Integrationsmaßnahmen, Aktivität oder des Angebots angegeben werden. Als Drittes sollten die Personalressourcen eingetragen werden.

Für alle drei Fragen ist auf Grund der unterschiedlichen Antworten sowie der unterschiedlichen Projekttypen bzw. Erhebungseinheiten die Auswertung schwierig. Teilweise wurden bestimmte Aspekte auch von zu wenigen angesprochen, um eine verallgemeinerbare Aussage treffen zu können<sup>6</sup>.

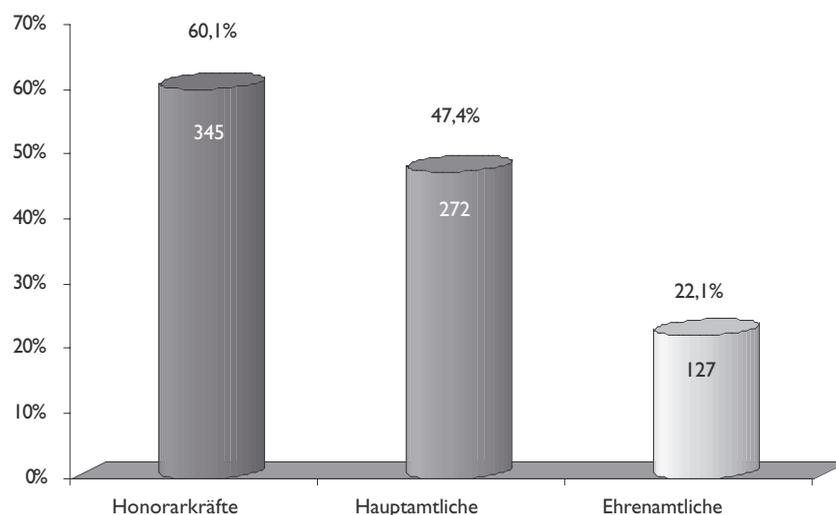
Beispielsweise wurde die offen gehaltene Frage nach den Personalressourcen jeweils anders interpretiert, je nachdem, welchen Aspekt die antwortenden Personen als wichtig oder aussagekräftig hinsichtlich der eigenen Aktivität erachteten. Insbesondere bei Projekten mit einem hohen Professionalisierungsgrad wurde der Stellenumfang detailliert aufgelistet. Bei Maßnahmen, die sich auf die Initiative von Ehrenamtlichen stützen, war dies wiederum oft nicht möglich oder sinnvoll. Hier wurde eher die Anzahl der „Aktiven“ beziffert. Bei Projekten mit geschlechtsspezifischer Ausrichtung wurde beispielsweise das Geschlecht des Personals angegeben, da es in diesen Fällen von besonderer konzeptioneller Relevanz ist.

Letztendlich konnte für eine Gesamtheit von 574 Fällen (Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten, Projekte, Angebote etc.) zumindest eruiert werden, welchen „Beschäftigungsstatus“ die jeweils im Einsatz befindlichen Personen haben. Das heißt, es konnte zumindest die Frage beantwortet werden, bei wie vielen der 574 Integrationsmaßnahmen, die hierzu Angaben machten, Festangestellte, Honorarkräfte und/oder Ehrenamtliche beschäftigt sind bzw. eingesetzt werden (vgl. Abbildung 3). In der Bestandserhebung wurden am häufigsten sprachfördernde Angebote (vgl. Kapitel 2.3) und viele anderweitig befristete und einmalige Aktivitäten gemeldet. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass in 60,1 Prozent der Fälle u.a. Honorarkräfte zum Personal zählen. Interessant ist, dass von diesen 345 Integrationsmaßnahmen oder Aktivitäten 225 nur durch Honorarkräfte getragen werden.

Zusätzlich sind in 47 Prozent der gemeldeten Fälle u.a. Festangestellte tätig. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Beschäftigten einen wichtigen Beitrag für die Kontinuität in der Integrationsarbeit leisten; dies gilt vor allem dann, wenn es sich um unbefristete Anstellungsverhältnisse handelt.

<sup>6</sup> Zum Teil wurden beispielsweise Angaben zu den Arbeitszeitmodellen des Personals gemacht, insgesamt aber zu wenig für eine quantitative Auswertung.

**Abbildung 3: Beschäftigungsstatus des Personals der Integrationsmaßnahmen, (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 574, Antworten: 744)**



Die Auswertung dieser Bestandserhebung legt die Vermutung nahe, dass die Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz zum größten Teil von Festangestellten und Honorarkräften getragen wird. Die Hilfe und Förderung von Migrantinnen und Migranten wird anscheinend vornehmlich von professionellen Fachkräften geleistet.

Dennoch, und das zeigt die Auswertung ebenso, ist Integration auch nicht ohne ehrenamtliches und privates Engagement möglich. In 22,1 Prozent der gemeldeten Fälle zählen u.a. Ehrenamtliche zu den in den Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten und Projekten tätigen Personen. Von diesen 127 Fällen sind 71 nur mit Ehrenamtlichen besetzt, bzw. werden ausschließlich durch ehrenamtliche Initiative getragen. Hier spielen Vereinsaktivitäten und solche Programme, die im sozialen Nahraum durchgeführt werden, eine entscheidende Rolle. Da ausländische Vereine, ethnische Selbstorganisationen sowie private Initiativen im Arbeitskreis RIFI kaum vertreten sind, ist anzunehmen, dass sich nur ein Bruchteil der ehrenamtlich Engagierten an der Bestandserhebung beteiligten.

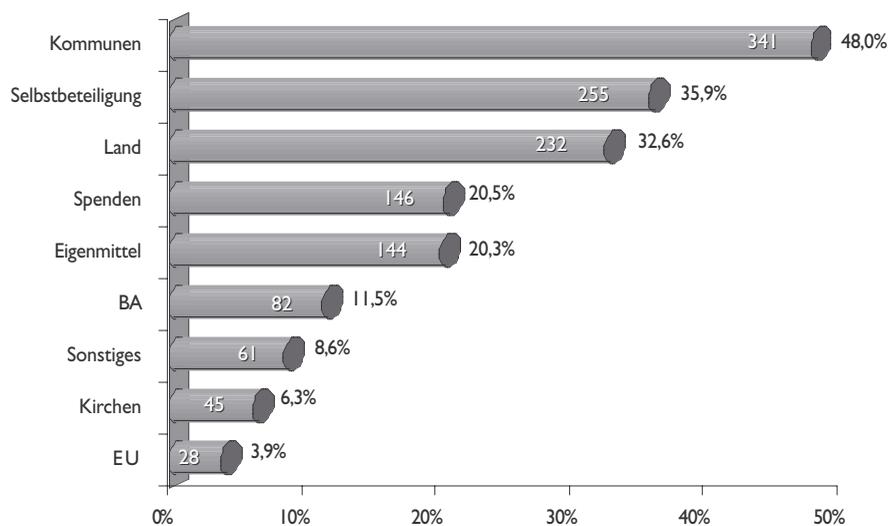
Ebenso wie beim Personal war auch die Auswertung der finanziellen Ausstattung in nur einem Punkt möglich. Auf Grund der Diffusität der Erhebungseinheit wurde insbesondere die Auswertung der Kosten durch unterschiedliche Bezugsgrößen, die angegeben wurden, erschwert, d.h. die jeweiligen Angaben in den Fragebögen waren nicht vergleichbar. Beispielsweise bezogen sich die Kostangaben bei unbefristeten Projekten häufig auf ein Jahr, während sie bei befristeten Projekten oder bei einmaligen Aktivitäten oder Angeboten meist für deren Laufzeit eingetragen wurden. Hierbei standen sich dann Projekte, Veranstaltungen oder Angebote mit einer Laufzeit von 1 Stunde bis 15 Monaten und mehr gegenüber. Hinsichtlich der finanziellen Ausstattung erlaubte das vorhandene Material lediglich eine Auswertung der Finanzierungsträgerinnen und -träger. Bei 711 Integra-



tionsmaßnahmen bzw. Fällen lagen hierzu Informationen vor. Da mehrere Finanzierungsstellen angegeben werden konnten, bzw. eine Integrationsmaßnahme häufig durch mehrere Finanzquellen getragen wird, stützt sich die Analyse auf 1334 Antworten.

Am häufigsten, nämlich in 48 Prozent der Fälle, wurden Kommunen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Integrationsmaßnahmen genannt. Dies ist wiederum ein Hinweis darauf, dass Integration oft kleinräumig, im sozialen Nahraum angesiedelt ist und von daher von kommunaler Seite Unterstützung findet. Die Masse an sprachfördernden Angeboten, die in dieser Bestandserhebung genannt wurde, steht höchst wahrscheinlich in Verbindung mit den 255 Antworten zur Selbstbeteiligung. In 36 Prozent der Fälle, und damit am zweithäufigsten, beteiligten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Integrationsmaßnahmen selbst an den Kosten. Häufig handelte es sich dabei um Kurs- oder Seminargebühren. In 32 Prozent der Fälle wurde das Land als eine Finanzquelle der Integrationsmaßnahmen genannt. Neben öffentlichen Mitteln spielen bei der Finanzierung von Aktivitäten, Angeboten und Projekten im Integrationsbereich auch Spenden und

**Abbildung 4: Finanzierungsträger/innen der Integrationsmaßnahmen, (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 711, Antworten: 1334)**



Eigenmittel der Träger bzw. Institutionen eine wichtige Rolle; beides wurde in 20 Prozent der Fälle erwähnt. Bei den 82 Antworten, die u.a. die Bundesanstalt für Arbeit als Finanzquelle angaben, handelt es sich überwiegend um die Maßnahmen, deren inhaltliche Ausrichtung auf eine beruflich, arbeitsmarktbezogene Integration zielt.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass lediglich ausgewertet werden konnte, wer sich an der Finanzierung der Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Projekte beteiligte, nicht aber, in welcher Form bzw. finanziellen Höhe dies geschah. Daher bietet die folgende Graphik keine Übersicht über den Umfang der von den einzelnen Stellen eingesetzten finanziellen Mittel, sondern ‚nur‘ über Anzahl und Anteil der Nennungen der Finanzierungsträgerinnen und -träger.

## 2.5 Regionale Verteilung der Integrationsmaßnahmen

Die Auswertung regionaler Aspekte der rheinland-pfälzischen Integrationsmaßnahmen ist nur eingeschränkt möglich. Dies ergibt sich u.a. aus dem Antwortverhalten der sich an der Bestandsaufnahme beteiligenden Akteure und Akteurinnen. So wurde die dritte Frage des Fragebogens nach dem Ort bzw. Einzugsbereich dahingehend ausgelegt, dass einige den Sitz des Trägers, andere wiederum den Durchführungsort oder das Einzugsgebiet angaben. Zudem wurde mit unterschiedlichen regionalen Einheiten gearbeitet, die von der Verbandsgemeinde als kleinster, über Kreise, Arbeitsamtsbezirke bis hin zum Land als größter angegebener Einheit reichten. Erfasst wurde bei der Umkodierung prinzipiell jede regionale Angabe, wenn vorhanden, dann aber die des Durchführungsortes. Als kleinste regionale Einheit wurden Kreise und kreisfreie Städte definiert. Wenn zwei Landkreise (oder eine kreisfreie Stadt und der umliegende Landkreis) in einem Fragebogen erwähnt wurden, dann wurde, zur Herstellung von Eindeutigkeit, nur eine regionale Angabe gewertet (meist der Ort, der Sitz des Trägers war). Dies bedeutet, dass Angebote, die einer Kommune zugeordnet wurden, unter Umständen einen über die Kreis- oder Stadtgrenze hinausgehenden Wirkungsbereich aufweisen, welcher aber nicht über die angrenzende Kommune hinausgeht (vgl. Tabelle 8, Anhang). Insgesamt wurden bei 697 der 866 Integrationsmaßnahmen derartig konkrete Angaben gemacht, so dass sie einer Kommune (Kreis oder kreisfreie Stadt) zugeordnet werden konnte, bzw. die Aussage getroffen werden konnte, dass ihr Wirkungsbereich einen bestimmten abgegrenzten Raum umfasst.

Für die Fälle, in denen der Wirkungsbereich einer Integrationsmaßnahme mehrere Landkreise und kreisfreie Städte umschließt, wurde die Kategorie „regional“ eingeführt. Bei 15 Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Angeboten ließen die regionalen Angaben darauf schließen, dass sie eine ganze Region abdecken bzw. eine regionale Reichweite haben.

Schlussendlich konnten 152 Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten und Angebote mit einem landesweiten Geltungsbereich identifiziert werden. Wenn auch ihr Anteil 18 Prozent beträgt, so zeigt doch Tabelle 6 eindeutig, dass die meisten Integrationsmaßnahmen einen kommunalen Kontext haben und teils – das belegt die stichprobenartige Einzelfallanalyse – in engen sozialen Räumen stattfinden.

**Tabelle 6 Anzahl der Angebote und ihre regionale Reichweite**

	<i>Absolut</i>	<i>Prozent</i>
Kommunal	697	80,5%
Landesweit	152	17,6%
Regional	15	1,7%
keine Angaben	2	0,2%
<b>Gesamt</b>	<b>866</b>	<b>100,0%</b>

Die inhaltliche Ausrichtung der landesweit operierenden Integrationsmaßnahmen unterscheidet sich in ihren Anteilen etwas von den Gesamtergebnissen (vgl. Kapitel 2.3). Sprachfördernde Angebote oder Aktivitäten spielen hier eine untergeordnete Rolle, sie wurden nur in 4,6 Prozent der

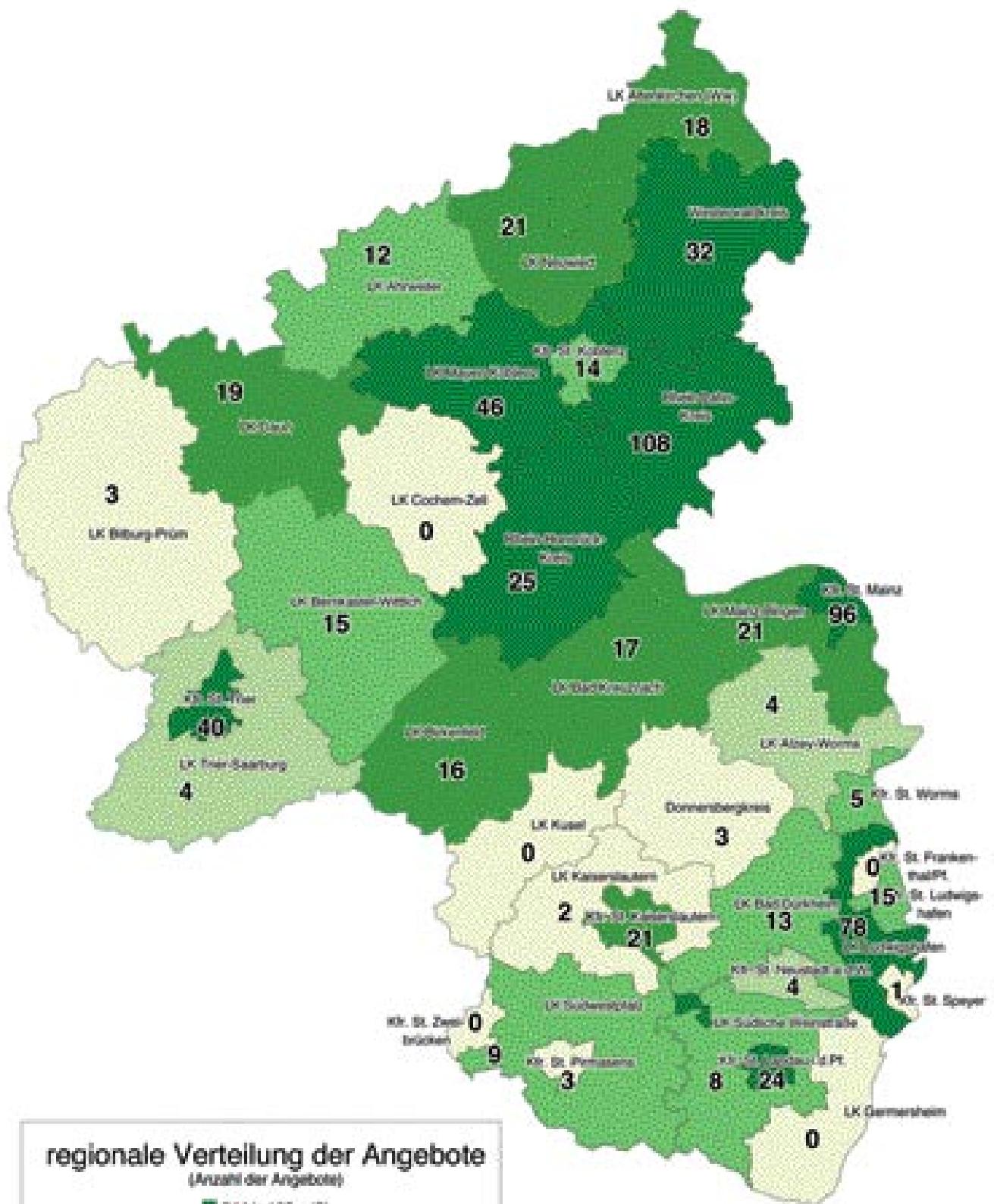


Fälle erwähnt. Inhaltliche Schwerpunkte der landesweiten Integrationsmaßnahmen liegen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information sowie Fort- und Weiterbildung. Bei landesweiten Maßnahmen wurden auch vermehrt gesellschaftspolitische Aktivitäten durchgeführt sowie Vorlagen und Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen entwickelt.

**Tabelle 7: Inhaltliche Ausrichtung der 152 gemeldeten Integrationsmaßnahmen mit landesweiter Ausrichtung (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 152, Antworten: 214; Rangfolge)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	61	40,1%
Fort- und Weiterbildung	54	35,5%
Sonstiges	27	17,8%
Entwürfe/Vorlagen zu Gesetzen/Verordnung	17	11,2%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	16	10,5%
kulturelle Angebote	8	5,3%
Sprach-/Alphabetisierungskurse	7	4,6%
Ausbildung/Studium	5	3,3%
Beratungsangebote	4	2,6%
Vernetzung und Koordination	4	2,6%
Soziale Angebote für Migranten/innen	2	1,3%
berufliche Integration	2	1,3%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	2	1,3%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	2	1,3%
Förderung in Kindertagesstätten	2	1,3%
Freizeiten/Ferienangebote	1	0,7%
<b>Antworten insgesamt</b>	<b>214</b>	<b>140,7%</b>

Weitergehende regionale, inhaltsbezogene Aussagen zu bzw. Vergleiche zwischen den 697 kommunalen Integrationsmaßnahmen können wiederum nur schwer getroffen werden. Dies liegt u.a. daran, weil das vorhandene Material keinen repräsentativen Querschnitt für alle Gebiete bietet. Aus einigen Kommunen sind relativ viele Rückmeldungen zu verzeichnen, wie beispielsweise aus dem Rhein-Lahn-Kreis, der mit 108 gemeldeten Integrationsmaßnahmen am stärksten vertreten ist, sowie aus der Stadt Mainz und dem Landkreis Rheinpfalz, für die jeweils 96 bzw. 78 Integrationsmaßnahmen festgehalten wurden. (vgl. Tabelle 8, Anhang)





Jedoch ist selbst für diese Landkreise nicht sichergestellt, dass es sich um ein umfassendes Abbild ihrer Integrationsinfrastruktur handelt. Zudem können für viele andere Regionen überhaupt keine Aussagen getroffen werden, da hier keine Fragebögen vorliegen. Unter Umständen gibt es genau in diesen Regionen ein sehr großes, innovatives Integrationsangebot, welches jedoch durch diese Bestandserhebung nicht erfasst wurde.

Tabelle 8 liefert eine Übersicht über die 697 kommunalen Integrationsmaßnahmen. Eine tiefgreifendere Interpretation dieser ist aus oben genannten Gründen jedoch nicht vertretbar, gleichwohl können zwei Feststellungen getroffen werden. Erstens gibt es blinde Flecken dort, wo keine oder nur wenige Beteiligungen existieren und zweitens gibt es Regionen, wie beispielsweise der Rhein-Lahn-Kreis, über den gewisse Aussagen möglich sind<sup>7</sup>.

**Tabelle 9: Inhaltliche Ausrichtung der 108 aus dem Rhein-Lahn-Kreis gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 108, Antworten: 113)**

	<i>Absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Sprach-/Alphabetisierungskurse	84	77,8%
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	10	9,3%
berufliche Integration	7	6,5%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	4	3,7%
Beratungsangebote	2	1,9%
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	2	1,9%
Förderung in Kindertagesstätten	1	0,9%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1	0,9%
kulturelle Angebote	1	0,9%
Sonstiges	1	0,9%
<b>Antworten insgesamt</b>	<b>113</b>	<b>104,7%</b>

Tabelle 9 verdeutlicht, dass sich die inhaltliche Ausrichtung der 108 aus dem Rhein-Lahn-Kreis gemeldeten Integrationsmaßnahmen schwerpunktmäßig auf Sprach- und Alphabetisierungskurse konzentriert. Diese wurden in 78 Prozent der Fällen genannt. Bei einigen wenigen Fällen spielten auch Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung (9 Prozent der Fälle) oder berufliche Angebote (7 Prozent der Fälle) eine Rolle.

Die 96 aus der Stadt Mainz gemeldeten Maßnahmen zielen hingegen nur in fünf Prozent der Fälle auf Sprachförderung. Hier wurden vor allem Integrationsmaßnahmen erfasst, die die inhaltlichen Bereiche Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information, berufliche Integration sowie soziale Angebote für Migrantinnen und Migranten abdecken (vgl. Tabelle 10).

<sup>7</sup> Das heißt auch bei der Stichprobenziehung für die Einzelfallanalyse sind einige Regionen von Anfang an ausgeschlossen.

**Tabelle 10: Inhaltliche Ausrichtung der 96 aus der Stadt Mainz gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 96, Antworten: 155)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	38	39,6%
berufliche Integration	27	28,1%
Soziale Angebote für Migranten/innen	26	27,1%
kulturelle Angebote	13	13,5%
Fort- und Weiterbildung	9	9,3%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	8	8,3%
Jugendarbeit	7	7,3%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	6	6,3%
Sprach-/Alphabetisierungskurse	5	5,2%
Beratungsangebote	5	5,2%
Förderung in Kindertagesstätten	4	4,2%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	3	3,1%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1	1%
Freizeiten/Ferienangebote	1	1%
Ausbildung/Studium	1	1%
Sonstiges	1	1%
Antworten insgesamt	<b>155</b>	<b>161,2%</b>

**Tabelle 11: Inhaltliche Ausrichtung der 78 aus dem Landkreis Rheinpalz gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und kumulierte ProzentProzent der Fälle; Fälle: 78, Antworten: 88)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Sprach-/Alphabetisierungskurse	65	83,3%
Fort- und Weiterbildung	9	11,5%
Förderung in Kindertagesstätten	5	6,4%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	4	5,1%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	4	5,1%
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1	1,3%
Antworten insgesamt	<b>88</b>	<b>112,7%</b>

■

Entsprechend der allgemeinen Ergebnisse zur inhaltlichen Gestaltung, zeigt die regionalspezifische Betrachtung, dass aus vielen Kommunen in erster Linie sprachfördernde Angebote gemeldet wurden. Die Ergebnisse aus der Stadt Mainz bilden hier eher eine Ausnahme. Die Untersuchung der 78 aus dem Landkreis gemeldeten Integrationsmaßnahmen wiederum bestätigen diesen Eindruck. 83 Prozent der aus diesem Landkreis gemeldeten Maßnahmen hatten auch die sprachliche Förderung zum Ziel<sup>8</sup> (vgl. Tabelle 11).

### 3. Zusammenfassung der quantitativen Auswertungsergebnisse

An der Bestandserhebung der Integrationsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz beteiligten sich insgesamt 163 Träger, Institutionen bzw. Organisationen. Diese meldeten aus dem Zeitraum 2000 bis 2002 866 Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Angebote, welche sich in Zielsetzung, Zielgruppe, Intensität, Dauer, Finanzierung etc. zum Teil erheblich voneinander unterschieden. Die Heterogenität der Auswertungsergebnisse spiegelt die Vielfalt der Integrationsarbeit und -maßnahmen wieder. Auch wenn es sich nicht um eine Vollerhebung handelt, so liefert die Bestandserhebung dennoch einen ersten Einblick in die rheinland-pfälzische Integrationsarbeit. Folgende konkrete Aussagen zur Infrastruktur der erfassten Integrationsmaßnahmen können getroffen werden.

- Die an der Erhebung beteiligten Träger, Institutionen bzw. Organisationen entstammen den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen.  
Am meisten (mit 16,6 Prozent) beteiligten sich die Volkshochschulen an der Erhebung, zudem war auch der Anteil der Kommunen (Verbandsgemeinden, Landkreise etc.; 16 Prozent) sowie der kleinen lokalen Träger (12,9 Prozent) höher. Auf Grund der Zusammensetzung des Gremiums RIFI, über welches die Bestandserhebung lief, ist die Beteiligung von ausländischen Vereinen, ethnischen Selbsthilfeorganisationen und privaten Initiativen äußerst gering.  
Die meisten Maßnahmen wurden von den Volkshochschulen genannt (31 Prozent). Aber auch Wohlfahrtsverbände (17 Prozent) sowie Landeseinrichtungen (13 Prozent) meldeten relativ viele Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Angebote, dies ist insbesondere in sofern interessant, da sie anteilmäßig als Träger wenig vertreten sind.
- Die inhaltlichen Ausrichtungen der gemeldeten Integrationsmaßnahmen decken mannigfaltige Handlungsfelder ab.  
Entsprechend der hohen Beteiligung der Volkshochschulen liegt der inhaltliche Schwerpunkt der gemeldeten Integrationsmaßnahmen, Aktivitäten oder Angebote auf dem sprachfördernden Bereich (in 38 Prozent der Fälle wurden auch Sprachkurse, Alphabetisierungskurse etc. genannt). Weitere Nennungen hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung bündeln sich auf die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information (23 Prozent der Fälle) sowie Fort- und Weiterbildung (11 Prozent der Fälle), d.h. Bereiche, in denen insbesondere die einheimische Bevölkerung zur Zielgruppe gehört. In 10 Prozent der Fälle wurden zudem soziale Angebote für Migranten und Migrantinnen als ein wichtiger inhaltlicher Aspekt der Maßnahme genannt.

<sup>8</sup> Infolge der am 21.5.2000 durchgeführten Wiederholungswahlen sind in drei weiteren Kommunen Ausländerbeiräte gewählt worden.

- Die Definition der Zielgruppe innerhalb der Integrationsarbeit ist unbestimmt, und generell sind die Zielgruppen der Integrationsmaßnahmen sehr unterschiedlich. Identifiziert werden konnten Integrationsmaßnahmen, die sich je nach Zielsetzung ausschließlich oder unter anderem an Migranten und Migrantinnen bzw. Einheimische richten. Mindestens 10 Prozent der Maßnahmen richtet sich ausschließlich an Frauen. Die Auswertung der Fragebögen zeigte alles in allem eine sprachliche Diffusität bei der Bezeichnung von Zielgruppen, insbesondere aber bei der Bezeichnung von Zuwanderungsgruppen (Wechsel zwischen und Vermischung von beschreibenden und Rechtsbegriffen).
- Die Integrationsarbeit speist sich aus einem großen Pool professionell Tätiger, wird aber auch getragen durch ein Fundament ehrenamtlich Engagierter. Hinsichtlich der personellen Ausstattung spielen Hauptamtliche in der Integrationsarbeit die größte Rolle. In immerhin 22 Prozent der Fälle kommen aber auch Ehrenamtliche zum Einsatz; darunter sind 71 Maßnahmen, die sogar nur durch ehrenamtliches Engagement getragen werden.
- Die Finanzquellen sowie Kosten der Integrationsmaßnahmen sind schwer zu bestimmen. Kommunen werden am häufigsten als Finanzierungsträger und -trägerinnen angegeben (48 Prozent der Fälle). Viele Integrationsmaßnahmen bedingen auch die Selbstbeteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (36 Prozent der Fälle) oder werden auch durch das Land (mit)finanziert. In welchem Umfang die einzelnen finanzgebenden Stellen jeweils beteiligt sind, konnte mit Hilfe des vorliegenden Materials ebenso wenig ausgewertet werden, wie die Kosten der Integrationsmaßnahmen.
- Integrationsarbeit bezieht sich vor allem auf kleinere, soziale Räume in Kommunen.

Der Wirkungsbereich bzw. die Reichweite der meisten 866 gemeldeten Integrationsmaßnahmen ist die Kommune (697 Maßnahmen). 18 Prozent der Maßnahmen weisen eine landesweit wirkende Zielrichtung auf.



## Die innere Logik der Integrationsarbeit

2

Die quantitative Untersuchung lieferte eine erste Strukturierung der über die Bestandsaufnahme des RIFI-Arbeitskreises identifizierten Integrationsmaßnahmen. Die Ergebnisse verweisen auf die Heterogenität der Projektlandschaft; zudem wurden unterschiedliche inhaltliche Ausrichtungen identifiziert, deren spezifische Zielrichtung bedingt durch den quantitativen Untersuchungsansatz noch unbestimmt blieben.

Ebenfalls noch ungeklärt ist die Frage danach, was die Befragten unter Integration verstehen und welche Zielsetzungen von den Akteuren und Akteurinnen verfolgt werden. Der qualitative Zugang zum Datenmaterial will Erkenntnisse im Hinblick auf diese Fragestellungen generieren.

## 1. Methodisches Vorgehen und Durchführung der qualitativen Untersuchung

Im Sinne einer qualitativen strukturierenden Inhaltsanalyse wurde das vorhandene Material, aufbauend auf den Ergebnissen der quantitativen Untersuchung, ausgewertet. Methodisch waren dazu folgende Schritte notwendig:

- Entwicklung von Auswahlkriterien für die Stichprobe und Stichprobenziehung
- Auswertung anhand eines Analyserasters und typisierende Strukturierung

Die typisierende Strukturierung verfolgt das Ziel, einzelne markante Ausprägungen im Material zu suchen und diese genauer zu beschreiben, so dass verschiedene Fälle miteinander verglichen werden können. In diesem Fall geht es darum, Orientierungsmuster in Bezug auf Migration und Integration der im Feld Handelnden zu identifizieren.

### 1.1 Stichprobenziehung

Es wurde eine Stichprobe von 14 Fällen gezogen. Von den insgesamt 844 Maßnahmen war nur bei 311 der strukturbezogene Teil des Fragebogens ausgefüllt. Bei lediglich 86 Maßnahmen wurde mit hinreichend viel Text geantwortet, so dass dieser für die qualitative Aktenanalyse verwendet werden konnte.<sup>1</sup> Die Auswahl der zu analysierenden Maßnahmen reduzierte sich demnach auf Grund des Antwortverhaltens der Befragten. Die 86 Maßnahmen wurden von insgesamt 29 Akteuren zugeschickt. Letztendlich konnte die Stichprobe der ausgewählten 14 Fälle also nur aus 29 Akten gezogen werden.

Die Tabelle auf den Seiten 34–35 zeigt, dass dabei das gesamte Spektrum inhaltlicher Ausrichtungen abgedeckt wurde und auch eine weitgehende regionale Streuung gesichert war.

### 1.2 Methodischer Zugang und Auswertungsschritte

Der Erhebungsbogen operiert unter anderem mit offenen Fragen. Damit wird den Befragten die Gelegenheit gegeben, ihre Sichtweise zu spezifischen Fragestellungen zu dokumentieren. Diese Texte verweisen auf das Wissen der Akteurinnen und Akteure, das sie zur Herstellung eines systematischen Kontextes ihres Handelns verarbeiten. Die Texte geben Hinweise darauf, welche Wissensbestände an der Strukturierung des Arbeitskontextes beteiligt sind. In den vorliegenden Antworten auf die Erhebungsbögen sind somit jene Deutungsmuster enthalten, die den Hintergrund der Deutung von Handlungsproblemen darstellen und den sinnhaften Kontext, in den das Handeln eingebettet ist,

stiften.<sup>2</sup> Untersucht werden die in den Erhebungsbogen aufgehobenen Handlungsdeutungen bzw. die wissensbasierten Strategien, die zur Formierung des Falles führen. Sie liefern deshalb keine Aussagen über die konkrete Praxis vor Ort. Diese wäre in ihrer Struktur und Verfahrenslogik empirisch nur über Beobachtungsstudien zu erschließen.

Kern der Analyse sind vor diesen methodologischen Überlegungen die Begründungsmuster, die sich in der Beschreibung der einzelnen Fällen abzeichnen: Welche *Zielsetzungen* werden verfolgt und *wie werden diese begründet*? Dazu werden die Argumentationslinien nachgezeichnet, die Aufschlüsse über die leitenden Integrationsbegriffe liefern. Die relevanten Textstellen aus den vierzehn Fällen wurden herausgefiltert und in einer Synopse gegenübergestellt. Dieses Vorgehen ermöglichte dann die vergleichende Analyse der Argumentationsschritte und die Entwicklung leitender Integrationsbegriffe. Für die Ergebnisdokumentation der Analyse werden nicht alle vierzehn Fälle explizit diskutiert<sup>3</sup>, sondern der Fokus der Darstellung liegt auf den identifizierten Integrationsbegriffen, die exemplarisch mit Fallbeispielen plausibilisiert werden.

Die jeweils leitenden Integrationsbegriffe wurden auf folgenden Handlungsebenen herausgearbeitet:

- Ehrenamtliche Integrationsmaßnahmen im Gemeinwesen (sozialer Nahraum) sowie ehrenamtliche Integrationsmaßnahmen landesweit
- Professionelle Integrationsmaßnahmen (Qualifizierung/Beschäftigung, Gemeinwesenarbeit)
- Integrationsmaßnahmen zur politischen und strukturellen Einflussnahme

## 2. Ergebnisse der qualitativen Auswertung

Die vorgenommenen Differenzierungen in ehrenamtliche, professionelle und politische Integrationsmaßnahmen erfolgen vor dem Hintergrund der jeweils unterschiedlichen strukturellen Handlungsbedingungen, in denen sie umgesetzt werden. Die Unterscheidung beinhaltet keine Bewertung der Qualität der Arbeit, sondern stellt ein notwendiges Konstrukt für die vergleichende Analyse dar.

### 2.1 Ehrenamtliche Integrationsmaßnahmen

Die quantitative Dimension des ehrenamtlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht unbedeutend. Einer Studie zu Folge, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde, ist „(...) jeder dritte Bundesbürger (bzw. rund 34 %) in irgendeiner Form ehrenamtlich engagiert – sei es in Vereinen, Initiativen, Selbsthilfegruppen oder Einrichtungen“.<sup>4</sup>

Das ehrenamtliche Engagement im Feld der Integrationsarbeit ist vor diesem Hintergrund als eine wichtige Säule neben (resp. ergänzend zu) der hauptamtlichen Integrationspraxis zu sehen, da insbesondere im sozialen Nahraum, also in den Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, wesentliche Unterstützungsleistungen auf freiwilliger Basis angeboten werden.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> In drei Fällen war so viel zusätzlicher Text vorhanden, dass er ebenfalls nicht bearbeitbar war, denn er folgte nicht dem Untersuchungsdesign. Beispielsweise handelte es sich um einen über hundertseitigen Jahresbericht oder über Buchveröffentlichungen.

<sup>2</sup> Vgl. Meuser, Michael/Sackmann, Reinhold: Analyse sozialer Deutungsmuster. Pfaffenweiler 1992

<sup>3</sup> Ein solches Vorgehen würde den gebotenen Rahmen dieser Dokumentation überschreiten.

<sup>4</sup> Beher, Karin und Liebig, Reinhard: Soziale Arbeit als Ehrenamt. S. 747. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen 2002, S. 745-754

<sup>5</sup> Die Bedeutung des Ehrenamts wird in Rheinland-Pfalz zudem über die Initiative des Landes für Ehrenamt und Bürgerengagement deutlich (vgl. dazu [www.wir-tun-was.de](http://www.wir-tun-was.de)).

**Tabelle 12: Übersicht über die für die Stichprobe gezogenen Fälle**

Fallnr.	Akteursebene	Region	Inhaltliche Ausrichtung I	Inhaltliche Ausrichtung II	Inhaltliche Ausrichtung III	Inhaltliche Ausrichtung IV	Inhaltliche Ausrichtung V	Inhaltliche Ausrichtung VI
1	Privatperson	Wissen	Hilfe bei Schulschwierigkeiten					
2	Kommunaler Verein/Initiative	Birkenfeld	Beratung	Soziale Angebote für Migranten/Migrantinnen	Begegnung zw. Migr. & Einh.			
3	Kirchliche Initiative	Mainz	Soziale Angebote für Migranten/Migrantinnen	Fort-/ Weiterbildungsangebote	Sprachliche Förderung	Begegnung zw. Migr. & Einh.		
4	Kulturverein	Mainz, (Land)	Kulturelle Angebote	Jugendtreff/niedrigschwellige Jugendarbeit	Freizeiten/Ferienangebote			
5	NGO, AG, AK	Land	Gesellschaftspolitische Aktivitäten	Vernetzung/Koordination				
6	NGO, AG, AK	Land	Vernetzung/Koordination	Fort-/ Weiterbildungsangebote				



7	Kleiner lokaler Träger	Trier	Berufliche Integration						
8	Kleiner lokaler Träger	Mainz (Land)	Förderung von Migrantinnen-Kindern in Kitas	Fort-/Weiterbildungsangebote	Sprachliche Förderung	Hilfe bei Schulschwierigkeiten	Berufliche Integration	Hilfe bei Schulschwierigkeiten	Berufliche Integration
9	Kammer	Daun	Fort-/Weiterbildungsangebote	Berufliche Integration	Beratung				
10	Überregionaler Bildungsträger	Mainz	Ausbildung/ Studium	Sprachliche Förderung	Hilfe bei Schulschwierigkeiten	Berufliche Integration	Jugendtreff/ niedrigschwellige Jugendarbeit	Soziale Angebote für Migrantinnen	
11	Stiftung/ Institut	Mainz, Trier	Integrationsseminare	Beratung	Soziale Angebote für Migrantinnen		Begegnung zw. Migr. & Einh.		
12	Volkshochschule		Hilfe bei Schulschwierigkeiten	Sprachliche Förderung	Berufliche Integration	Jugendtreff/ niedrigschwellige Jugendarbeit		Aufsuchende Sozialarbeit/ Gemeinwesenarbeit	
13	Ministerium, Behörde	Land	Sprachliche Förderung						
14	Landesinstitut	Land	Fort-/Weiterbildungsangebote						

In dieser Untersuchung kristallisiert sich eine ehrenamtliche Praxis heraus, die sich in zwei Richtungen konkretisiert: zum einen eine Praxis im *sozialen Nahraum* der Bürger und Bürgerinnen, zum anderen Angebotsformen, die sich *landesweit* orientieren, aber in der konkreten Umsetzung ihrer Arbeit im sozialen Nahraum agieren.

Das ehrenamtliche Engagement im sozialen Nahraum bezieht sich auf Interventionen und Angebote im Lebensraum der Menschen. Diese umfassen u.a. familienbezogene Angebote, den Aufbau und die Strukturierung lebensweltbezogener Netzwerke (Beziehungen) sowie einzelne, auf der Grundlage beobachteter Problem- und/oder Bedarfslagen der Bürger und Bürgerinnen umgesetzte Angebote. Diese werden in diesem Zusammenhang von *Einzelpersonen, Vereinen und Initiativen sowie Kirchengemeinden* getragen. Diese Praxen folgen einer explizit *sozialen Dimension des Handelns*.

Nach Analyse der vorliegenden Fälle lassen sich die folgenden Zielrichtungen der integrativen Praxis im sozialen Nahraum identifizieren:

- Integration zielt auf die Strukturierung sozialer Kontakte im Gemeinwesen.
- Integration zielt auf eine Akzeptanz der kulturellen Vielfalt im Gemeinwesen, die als Ressource für das Gemeinwesen und dessen Entwicklung interpretiert wird.
- Integration zielt in einer sozialstrukturellen Perspektive auf die Aufhebung ethnisch motivierter Segregationen im Sozialraum.

Zur Plausibilisierung dieser These werden im Folgenden Fälle vorgestellt, die entlang der oben dokumentierten Auswahlstrategien aus dem gesamten Datenmaterial gezogen wurden.

### 2.1.1 Fallbeispiel 1: Ehrenamtliche Arbeit im Gemeinwesen: Leseabende für Schüler und Schülerinnen türkischer Herkunft

Der erste Fall zum ehrenamtlichen Engagement im sozialen Nahraum ist ein Leseabend für Schüler und Schülerinnen türkischer Herkunft. In seiner internen Logik wird dieses Angebot im Gemeinwesen auf der Grundlage spezifischer Begründungszusammenhänge formiert.

Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass Schüler und Schülerinnen türkischer Herkunft „schlecht Deutsch sprechen“. In Folge dieser Ausgangslage würden keine ausreichenden bzw. überhaupt „keine Schulabschlüsse“ erworben, wodurch die Teilhabe an beruflichen und gesellschaftlichen Prozessen erschwert wird. Auf diese Problembeschreibung wird mit einem Angebot reagiert, das darauf zielt, die Lesegewohnheiten der Zielgruppe auszubilden. Diese Ausbildung wird als Voraussetzung für einen gelingenden Erwerb der deutschen Sprache definiert.

Vor diesem Hintergrund werden im Gemeinwesen sogenannte ‚Leseabende‘ angeboten, die als gelungene und jugendadäquate Veranstaltung umgesetzt werden. Darüber hinaus werden die Eltern beteiligt, wodurch dieses Angebot auf den familialen Zusammenhang der Jugendlichen erweitert wird.

Dieses Projekt gründet auf der Initiative einer Einzelperson, die im Gemeinwesen aktiv ist.

Die leitenden Überzeugungen im Hinblick auf die Integrationsleistung dieses Angebotes werden in vielschichtiger Hinsicht entwickelt: Zum einen wird Integration als effektiver Prozess gesehen, der nur möglich ist, wenn unterschiedliche Personengruppen im Gemeinwesen zusammenarbeiten und sie ihre Praxis auf der Grundlage sozialer Verantwortung und Hilfsbereitschaft interpretieren. Integrative Praxis kann in dieser Hinsicht nur gelingen, wenn sich die Akteurinnen und Akteure gegenseitig unterstützen und keine verfestigten Interessenlagen verfolgen. Analog zu der Formie-

rung des Angebotes sind die beobachteten Bedarfslagen der Menschen im Gemeinwesen Anlass und Rechtfertigung des Angebotes.

Zum anderen werden mit dieser integrativen Praxis weiterführende Schlussfolgerungen für die Entwicklung des Gemeinwesens gezogen; denn Integration kann demnach nur erfolgreich gestaltet werden, wenn die Institutionen im Gemeinwesen mitarbeiten und explizit der gleichen Logik – soziale Verantwortung und Hilfsbereitschaft – folgen. Damit werden Kindertagesstätten, Schulen, politische Institutionen und Vereine angesprochen:

„Vor Ort müssen Institutionen (Kitas, Schulen, Vereine ...) diese Herausforderung annehmen und bei der Lösung offen und ehrlich mitarbeiten“ (Fall 1, Bedarfssicht).

Insgesamt wird Integration als eine soziale Praxis aller Akteure und Akteurinnen definiert, die *kooperativ und problembezogen* umgesetzt werden soll. Integration fußt in diesem Verständnis auf einer Vorstellung des Gemeinwesens als soziales Gebilde, in dem moralische Grundprinzipien der Verantwortung und Hilfsbereitschaft als Leitkategorien des Handelns verfolgt werden. Zugleich wird ein Sozialraum für das Handeln vorausgesetzt, innerhalb dessen bereits Kooperationsformen entwickelt sind.

### 2.1.2 Fallbeispiel 2: Ehrenamtliche Arbeit im Stadtteil/Gemeinde.

#### Kirchliche Initiative

Ähnlich des vorangegangenen Fallbeispiels wird in der nun folgenden Analyse die soziale Dimension des ehrenamtlichen Engagements im Stadtteil deutlich. Hierbei handelt es sich um eine Initiative, die aus einem kirchlichen Kontext heraus entstanden ist. Die Akteure und Akteurinnen sehen einen Bedarf an einer „lockeren und sprachungebundenen Begegnung der Bewohner und Bewohnerinnen im Stadtteil. Ziel ist zunächst der Aufbau eines „Netzwerkes der Freundschaft“, eine Praxis, die einer sozialen und gemeinwesenorientierten Entwicklung entspricht. Auch in diesem Zusammenhang wird die Leitlinie „Ressourcenorientierung“ verfolgt; denn die im Stadtteil lebenden ethnischen Gruppierungen verfügen über einen „kulturellen Reichtum“, der verstärkt in das öffentliche Leben integriert werden soll. „Akzeptanz, Verständigung und Kontakt“ sind die Orientierungsgrößen der umgesetzten Integrationsarbeit. Vor diesem Hintergrund werden sowohl gesellige Angebote umgesetzt (Feste und Feiern) als auch differenzierte ‚niedrigschwellige‘ Angebote, die konkrete Hilfen mit geselligen Momenten verknüpfen (Teestuben mit integrierten Beratungsangeboten).

Im Hinblick auf die Zielgruppen ist in beiden Fällen eine Beschränkung auf jeweils eine ethnische Gruppierung zu sehen. Diese Konzentration ist jedoch nicht als Defizit zu interpretieren, sondern ergibt sich sinnlogisch aus der Entstehungsgeschichte der Initiativen und der jeweils gegebenen Erfahrungshintergründe der Akteure und Akteurinnen.

Deutlich wird in diesem Fall, dass sich in diesem ehrenamtlichen Handlungszusammenhang eine Fülle von Angeboten ausdifferenziert, die sich vornehmlich auf den Aspekt der sprachlichen Bildung konzentrieren. Dazu werden Kurse sowohl in der Landes- als auch in der Muttersprache angeboten. Hier zeigen sich dann schließlich auch die Grenzen der Arbeit aufgrund der finanziellen Ausstattung der Kurse. Nur die Angebote, die sich auf den geselligen Bereich konzentrieren (Feste) tragen sich selbst, etwa durch eingespielte Gewinne der Veranstaltungen, aber nicht zuletzt durch das ehrenamtliche Engagement der Beteiligten.

### 2.1.3 Fallbeispiel 3: Ehrenamtliche Arbeit, landesweit

In Abgrenzung zu den ersten beiden Fallbeispielen ist die im Folgenden analysierte Praxis eingebettet in eine Vereinsstruktur, die landesweit operiert. Sie formiert sich entlang einer *konzeptionellen Kritik der „klassischen Migrationsarbeit“*. Darunter wird eine Praxis verstanden, deren Inhalte auf folkloristische und kulturelle Aspekte begrenzt bleibt, wodurch ein Mangel an politischer Ernsthaftigkeit zu beobachten sei. Diese Perspektive wird am Beispiel der interkulturellen Erziehung erläutert. Danach ist insbesondere an Schulen noch keine geschlossene Tradition interkultureller Erziehung gewachsen, und es wird ein *Defizit im Bildungsbereich* ausgemacht.

Vor diesem Hintergrund wird ein Konzept der *interkulturellen, ästhetischen Bildung* vorgestellt, das auf eine aktive Auseinandersetzung mit „vertrauten und unvertrauten Formen des Lebens“ zielt. „Selbsterfahrung“ und „Selbstgestaltung“ sowie praktische „Experimente“ sind wesentliche Elemente dieser Konzeptionierung.

Die interkulturelle Bildung zielt in diesem Verständnis auf den Abbau von Vorurteilen, der als Voraussetzung für einen interkulturellen Austausch gesehen wird. Zudem soll über die Angebote eine *differenzierte Wahrnehmung* der Migranten und Migrantinnen in unterschiedlichen institutionellen und lebensweltlichen Zusammenhängen erreicht werden. Darunter fallen schließlich unterschiedlich ausdifferenzierte Angebote, die primär einem Bild der *Integration als bildungsbezogener Prozess* folgen: Lesungen, Tagungen, Theaterprojekte, Kunstausstellungen, SchülerInnenprojekte usw.

Die Akteure und Akteurinnen suchen sich analog zu ihrer Praxisorientierung Kooperationsformen mit Partnerinnen und Partnern, die sich explizit von der eingangs kritisierten ‚klassischen Migrationsarbeit‘ distanzieren und die nach ihrem Verständnis moderne Methoden der Integrationsarbeit umsetzen.

Mit der – im Gegensatz zum ersten Beispiel – komplexen Struktur der Arbeit werden auf der Ebene der gesehenen Bedarfe vermehrt *organisatorische Probleme* benannt. Mit der entwickelten Vereinsstruktur und den verfolgten Praxisprojekten wächst der Bedarf an einer gesicherten Arbeitsstruktur zur Bewältigung organisatorischer Aufgaben und der Verwaltung. Darüber hinaus wird ein Bedarf an einer verbesserten Finanzierung der Projekte bzw. der Vereinstätigkeit gesehen.

### 2.1.4 Integrationspolitische Schlussfolgerungen

Die Analyse auf der Ebene des Ehrenamts zeigt, dass interessante Konzepte und Zugänge entwickelt sind, die es lohnt aufzugreifen und zu diskutieren. Einen *strukturierten Austausch* über die gewählten Ansätze und die gemachten Erfahrungen im Feld würden zu einer verbesserten Abstimmung der Maßnahmen und Projekte führen.

Politische Programme<sup>6</sup>, die auf die Stärkung des Ehrenamts zielen und insbesondere die aktiven Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in eine Unterstützungsstruktur im Gemeinwesen integrieren, stellen einen wesentlichen Beitrag für eine wirksame und auf Dauer sichergestellte Integrationspolitik dar, und zwar insbesondere dann, wenn Programme sich an den konkreten Problemlagen der Zielgruppen (in diesem Falle Migranten und Migrantinnen) orientieren. Sie haben ihre Stärke darin, dass sie unmittelbar Hilfestellungen anbieten und somit integrative Wirkungen aufzeigen können. Flankiert werden sollten diese ehrenamtlichen Aktivitäten von einer verbesserten Vernetzung im Sozialraum. Damit würden Ressourcen frei, die einer Versandung des Angebotes entgegenwirken, eine Gefahr die sich gerade dann stellt, wenn Aktivitäten ausschließlich auf der Initiative von Einzelpersonen beruhen. In einer kooperativen Praxis der Akteure und Akteurinnen im

Gemeinwesen könnten darüber hinaus ‚systemübergreifend‘ Unterstützungsleistungen bereitgestellt werden. Erste Erfahrungen sind dazu bereits entwickelt, etwa die verstärkte Öffnung der Kindertagesstätten und Schulen zum Sozialraum sowie in einzelnen Kooperationsprojekten und Initiativen lokaler Partner und Partnerinnen.

## 2.2 Der professionelle Sektor

Zum professionellen Sektor zählen jene Integrationsmaßnahmen, die strukturell in einem institutionalisierten Rahmen umgesetzt werden, die explizit von fachlich begründeten Konzepten geleitet sind und die schließlich (u.a.) von hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die einer spezifischen Berufsgruppe zuzuordnen sind, getragen werden.

Nach Durchsicht und Analyse des Material zeichnet sich eine erhebliche Bandbreite beruflicher Praxis ab, die in analytischer Hinsicht eine stark ausdifferenzierte Dimensionierung des Integrationsbegriffes zur Folge hat. Der Integrationsbegriff fächert sich auf einer allgemeinen Ebene in ökonomische, politische, kulturelle und soziale Dimensionen auf, die keine genauen begrifflichen Grenzziehungen zulassen. Die verfolgten Integrationsbegriffe sind jeweils geprägt von unterschiedlichen Interessen und Motivationen der Akteurinnen und Akteure, die bei der Reflektion der dokumentierten Praxis berücksichtigt werden müssen. Im Folgenden werden für zwei Bereiche der professionellen (Integrations-)Praxis die wesentlichen Argumentationslinien herausgearbeitet und die Strukturmerkmale der Praxen erläutert: Es handelt es sich um die Bereiche ‚Qualifizierung und Beschäftigung‘ sowie ‚außerschulische Jugendbildung‘. In einem nächsten Schritt werden in analytischer Hinsicht zum einen die identifizierten Muster der Konzeptentwicklung, zum anderen die u.E. wesentlichen Einflussfaktoren auf den professionellen Handlungsbereich dargestellt. Abschließend zu diesem Teil der Auswertung werden auf der Grundlage der Analyse Qualitätsfaktoren der Integrationsarbeit formuliert.

### 2.2.1 Das Modell der *Trichterpädagogik* am Beispiel von Qualifizierungsmaßnahmen. Integration als einseitiger Prozess

Der Begriff der ‚Trichterpädagogik‘ wurde von Ulrich Oevermann in die Debatte um die Professionalisierung des pädagogischen Handelns eingeführt.<sup>7</sup> Dieser Begriff fungiert in der vorliegenden Analyse als ein Symbol zur Plausibilisierung der Handlungsorientierung, die in den analysierten konzeptionellen Selbstaussagen der Befragten identifiziert wurden.

Am Beispiel des Schüler-Lehrer-Verhältnisses verdeutlicht Oevermann die Grundmerkmale des pädagogischen Handelns im Verständnis einer ‚Trichterpädagogik‘:

„(...) in der *Trichterpädagogik* wird dem Schüler Normalität suggeriert, Wissen durch mechanisches Lernen und *Pauken* nach dem Modell des im Fremdspracherwerb durchaus notwendigen Vokabellernens sich anzueignen.“<sup>8</sup>

<sup>6</sup> vgl. z.B. das Programm LOS – Lokales Kapital für Soziale Zwecke, das u.a. auf die Stärkung des Ehrenamts zielt, aber auch die oben genannte Initiative des Landes Rheinland-Pfalz.

<sup>7</sup> vgl. dazu Oevermann, U.: Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns. In: Combe, A. und Helsper W. (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt am Main 1996, S. 70-182

<sup>8</sup> ebd., S. 157

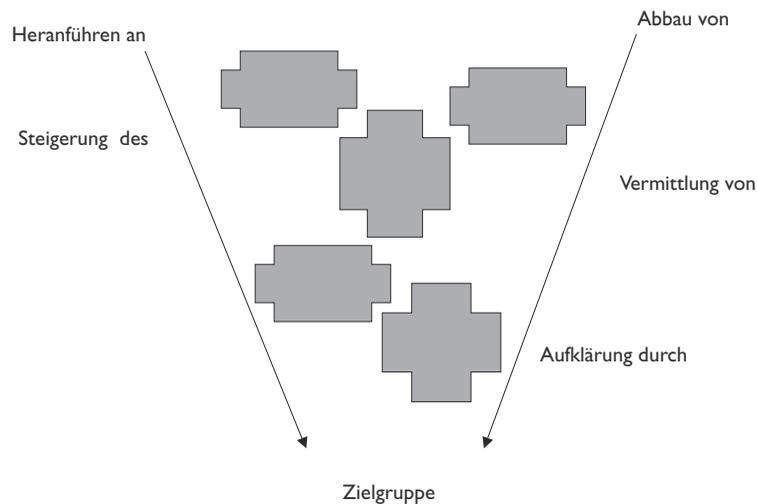
Wird der Ansatz auf den Bereich der Integrationsmaßnahmen übertragen, die in die vorliegende Analyse eingeflossen sind, so zeigt das Beispiel der Qualifizierungsmaßnahme, wie sich das Modell der >Trichterpädagogik< auf einer konzeptionellen Ebene identifizieren lässt.<sup>9</sup>

- Konzeptionierung der Maßnahme: leitende Orientierungen
- Im vorliegenden Fallbeispiel handelt es sich um eine *Qualifizierungsmaßnahme für jugendliche Aussiedlern und Aussiedlerinnen*. Die Maßnahme integriert berufsvorbereitende Ansätze (Training, spezifische Kurseinheiten) mit (sozial-) pädagogischen Ansätzen des sozialen Lernens. In der Natur solcher Maßnahmen liegt es, dass die Adressaten und Adressatinnen aus ihren lebensweltlichen Zusammenhängen herausgezogen und als Adressatinnen und Adressaten spezifischer Interventionen zu einer Zielgruppe zusammengefasst werden. In diesem Fall wird als leitende Charakterisierung ein Defizitblick eingenommen, der die Jugendlichen als Träger problembelasteter bisweilen abweichender Merkmale definiert. Die Einrichtung, die die Maßnahme durchführt, bezieht sich auf spezifische Deutungen: Die Jugendlichen werden in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen im Stadtteil als auffällig beschrieben, was zur Folge hat, dass die Qualifizierungsmaßnahme auch mit einem disziplinierenden Handlungsauftrag ausgestattet wird. Dieser zielt darauf, den Sozialraum, in dem die Jugendlichen mit anderen leben, mittelbar positiv zu beeinflussen. Dies geschieht über das Muster der beruflichen Integration und der Vermittlung von zentralen Werten und Verhaltensweisen. Diese Logik findet sich nun wieder in den Hinweisen auf das leitende Konzept: Leitend ist für diesen Maßnahmentypus eine Orientierung an den Defiziten der Klientel und die einseitige Abstimmung der Angebote auf diese Beobachtung. *Verfolgt wird ein Integrationsbegriff, der mit Normalitätsannahmen operiert, d.h. Integration ist ein Prozess, der auf die Erreichung eines idealen Ist-Zustands zielt.*
- In der Sprache des Falles äußert sich diese leitende Orientierung in der Formulierung der verfolgten Zielsetzungen der Maßnahme:
- die Klientel soll an die bestehenden Bildungsangebote *herangeführt* werden;
  - demokratische Grundkenntnisse sollen *vermittelt* werden;
  - lebenspraktisches Wissen soll vermittelt werden usf.

Diese pädagogischen resp. bildnerischen Prozesse werden vor dem Konstrukt einer ‚Minderheitenpädagogik‘ begründet, die gleichsam die Klientel als Ursache für beobachtete Schwierigkeiten im städtischen Sozialgefüge ausmacht. Daran schließt sich – wie oben beschrieben – eine spezifische Projektform an, die auf diese Ausgangssituation reagiert, indem wesentliche Grundorientierungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsgesellschaft vermittelt werden sollen.

Fassen wir die Handlungsorientierungen zusammen, so lässt sich das Modell der Trichterpädagogik folgendermaßen darstellen:

### Trichterpädagogik



Die Analyse dieses Falles zeigt, dass Integration als einseitiger Prozess verstanden wird. Hinz-Rommel definiert Integration kritisch als den

„(...) Endpunkt eines Assimilierungsprozesses (...), dessen Erfolg an bestimmten Kriterien festgemacht wird, vorzugsweise denjenigen, die für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft vorausgesetzt werden“.<sup>10</sup>

Dies impliziert eine Abkehr von den vorgefundenen realen Lebenslagen und -situationen der Adressatinnen und Adressaten, die gleichsam auch (dies wird der nächste Fall verdeutlichen) als Ansatzpunkt für eine integrative Arbeit gesehen werden könnten. Leitend ist das *Prinzip der Defizitorientierung*, das als Begründung für den strukturierten pädagogischen Versuch der Hinführung zu einem Idealzustand herangezogen wird.

Im Folgenden wird nun ein integratives Angebot der Jugendarbeit in einem Stadtteil vorgestellt. Die Analyse wird zeigen, inwiefern in einem gegebenen institutionellen Rahmen ein auf Beteiligung und Lebenswelt der Adressaten und Adressatinnen abgestimmtes Angebot umgesetzt wird; ein Angebot, das im Hinblick auf das implizite Integrationsverständnis aktivierenden und unterstützenden Charakter hat und das seinen Ausgangspunkt in den alltagsbezogenen Bedarfen von Migrantinnen und Migranten findet.

<sup>9</sup> Indes ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass wir über diese Analyse keine Aussagen über die konkreten Handlungsvollzüge der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen treffen können. Diese waren nicht Gegenstand der Erhebung.

<sup>10</sup> Hinz-Rommel, W. (1994): Interkulturelle Kompetenz. Ein neues Anforderungsprofil für die soziale Arbeit. Münster und New York, S. 24

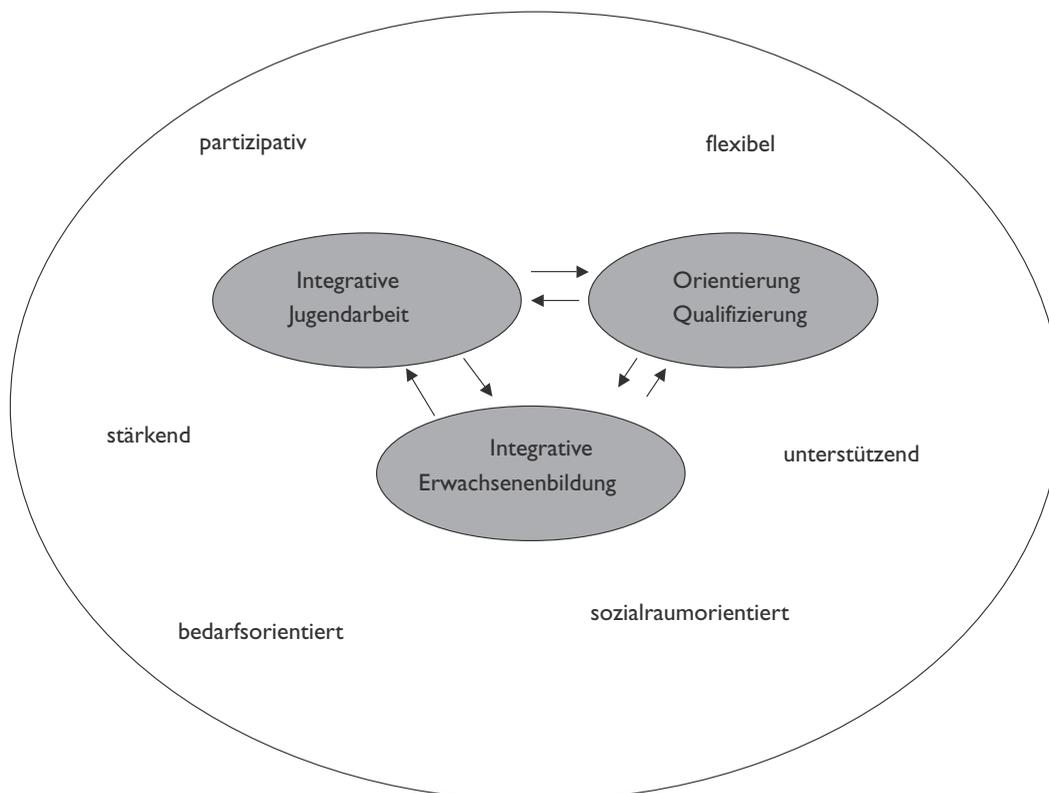
### 2.2.2 Integrative Projektansätze. Integration als Prozess der Erfahrung und Aneignung sozialer Räume

Im oben skizzierten Fall blieb die Selbstdarstellung begrenzt auf die Beschreibung der Problemdefinitionen der Klientel. Die Klientel wurde in dieser Perspektive als Trägerin von Defiziten formiert. Aussagen zu den Rahmenbedingungen des Handelns, sprich der Philosophie der Einrichtung, wurden nicht in die Darstellung integriert. Im Weiteren wird nun ein Fall analysiert, der zunächst die Einrichtung zum Thema der Selbstbeschreibung macht.

Es handelt sich um eine Einrichtung, die sich entlang spezifischer Handlungsregeln konstituiert. Die Integrationspraxis bettet sich in eine Struktur ein, die die Beteiligung der Klientel bei der Maßnahmenplanung und -umsetzung sicherstellen will. Die Einrichtung sieht sich als ein Element der sozialen Infrastruktur im Stadtteil und begründet ihre Angebote und Interventionen über die vorgefundenen Bedarfe der Klientel. Leitend ist ein Integrationsverständnis der *aktiven Unterstützung und Stärkung der Menschen*, das seine Entsprechung in einer *flexiblen und klientenbezogenen Form der Einrichtung* findet. Diese Logik findet sich schließlich in der Konzeptionierung des Angebotes wieder.

Das Angebot lässt sich dem Bereich der Jugendarbeit zuordnen, integriert zudem aber berufsvorbereitende und qualifizierende Elemente. Begründet wird dies damit, dass die Jugendlichen eben diese Angebote nachfragen. Dies führt dazu, dass ein integratives Konzept der Jugendarbeit entwickelt wird. Darüber hinaus werden jedoch auch Elemente integrationsbezogener Erwachsenenbildung in die Arbeit eingebunden, und damit wird auch die Elterngeneration angesprochen.

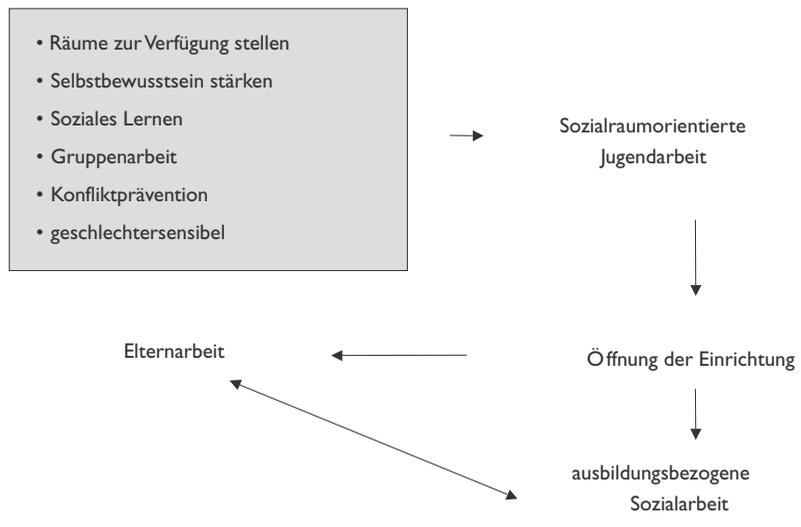
Das folgende Schaubild fasst die leitenden Orientierungen der Einrichtung zusammen und liefert einen ersten Hinweis auf eine Struktur sozialraumbezogener Integrationsarbeit.



In dieser Struktur wird die Angebotsform ausdifferenziert. Das hier vorgefundene Konzept einer lebenswelt- und sozialraumorientierten Jugendarbeit gründet auf der Idee der sozialpädagogischen Strukturierung von Jugendräumen, die auf der Ebene des Subjekts einen Beitrag zur Stärkung des Selbstbewusstseins und des sozialen Lernens leistet. Weitere Handlungselemente werden dabei in die Arbeit integriert: etwa konfliktpräventive Angebote und soziale Gruppenarbeit. Insgesamt wird ein geschlechtsdifferenzierter Blick eingenommen, der auf die unterschiedlichen Bedarfe von Jungen und Mädchen sowie deren Eltern reagiert. Neben dieser Arbeitsrichtung und analog zu dem Konstrukt der sozialraumbezogenen Jugendarbeit öffnet sich die Einrichtung hin zum Stadtteil. Dies ist zunächst an der Integration der Eltern in die Angebotsstruktur abzulesen, aber auch an der Einbindung ausbildungsbezogener Sozialer Arbeit. Insgesamt wird sich – im Hinblick auf den Integrationsaspekt – an den Migrantinnen und Migrantinnen orientiert: die Praxis greift die Bedarfs- und Problemlagen der Klientel auf und orientiert ihre Intervention an der Sozialstruktur des Gemeinwesens. Im Gegensatz zu der oben dargestellten Separierung der Zielgruppe in eine eher geschlossene Maßnahme wird hier der Lebensweltbezug nicht aufgegeben.

Im Einzelnen erschließt sich das folgende Gefüge der identifizierten Orientierungsmuster einer sozialraumorientierten Integrationsarbeit wie folgt:

**Orientierung an MigrantInnen aufgrund der Sozialstruktur des Stadtteils und der beobachteten Problem- und Bedarfslagen.**



**2.2.3 Orientierungsmuster in der professionellen Integrationsarbeit**

Der professionelle Sektor wurde als ein institutionalisierter Handlungsrahmen charakterisiert, der explizit von fachlich begründeten Konzepten geleitet ist und der von hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die einer spezifischen Berufsgruppe zuzuordnen sind, getragen wird (s.o.).

In diesem Sektor lassen sich auf der Grundlage der Fallanalysen zwei Orientierungsmuster ausmachen, die für die Integrationsarbeit leitend sind.

- Die *defizitorientierte Perspektive* geht von einem Integrationsbegriff aus, der auf *individuelle Anpassungsleistungen* an die Mehrheitsgesellschaft abzielt. Integration wird als Assimilierungsprozess konzipiert, „(...) dessen Erfolg an bestimmten formalen Kriterien festgemacht wird (...)“<sup>11</sup> Die Praxis, die diesem Verständnis folgt, konstruiert auf der konzeptionellen Ebene ein Handlungsprogramm, das auf die Erreichung dieses Ziels ausgelegt ist.
- Die *sozialraumorientierte Perspektive* hingegen betrachtet die Klientel entlang der vorgefundenen Bedarfs- und Problemlagen, die sich in ihren Lebenswelten abzeichnen. Die Praxis begründet sich über die Strukturen des Sozialraums und leistet einen Beitrag zu Entwicklung von Bewältigungskompetenzen. Integration wird in diesem Verständnis als ein *wechselseitiger Prozess* gesehen. „Der Grad der Integration entspricht dem Grad der Partizipation am Gemeinwesen (...)“<sup>12</sup>

## 2.3 Zwischenresümee auf der Grundlage der Analyse ehrenamtlicher und professioneller Zugänge

### 2.3.1 Identifizierte Orientierungen in der Integrationsarbeit

Werden die bisher untersuchten ehrenamtlich und professionell getragenen Maßnahmen im Hinblick auf die leitenden Orientierungen betrachtet, so lassen sich die ersten drei Typisierungen vornehmen.

Handlungsebene	Integrationstypus
Ehrenamtliches Engagement	<p>Ressourcen- und entwicklungsorientierter Typus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialintegrativ, gemeinwesenorientiert</li> <li>• Unmittelbar fördernd und stützend</li> <li>• Akzeptanz von Unterschieden</li> <li>• Förderung sozialer Kontakte</li> <li>• Aufbau von niedrigschwelligen Unterstützungssystemen</li> <li>• Bildungsorientiert (an Subjekten, Gruppen)</li> <li>• Integration als Beitrag zur Gemeinwesenentwicklung</li> </ul>
Professioneller Bereich (1)	<p>Sozialraumorientierter Typus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bearbeitung von Bedarfs- und Problemlagen</li> <li>• Integration als wechselseitiger Prozess</li> <li>• Beitrag zur Entwicklung des Gemeinwesens</li> <li>• Passgenaue Hilfen und Unterstützungsleistungen</li> <li>• Flexible, ‚offene‘ Einrichtungen</li> </ul>
Professioneller Bereich (2)	<p>Typus der einseitigen Anpassungsleistungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Defizitorientierter Blick auf Klientel</li> <li>• Veränderungspraxis, Angleichung an Mehrheitsgesellschaft</li> <li>• Normativ und kriteriengeleitet</li> </ul>

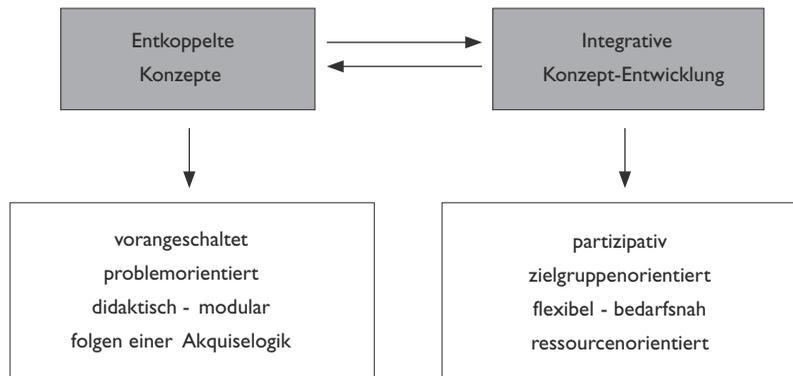
### 2.3.2 Konzeptentwicklung und implizite Integrationsbegriffe

In einer erweiterten Interpretation ergibt die Analyse Aufschlüsse über die Funktion von Konzepten insbesondere im professionellen Bereich. Es lassen sich zwei Modi der Konzeptentwicklung identifizieren.

Zum einen jenen Modus der Konzeptentwicklung, der mehr oder weniger unhinterfragt auf abstrakte Problemdeutungen zurückgreift; Deutungen, die auf unterschiedlichen Ebenen für unterschiedliche Zwecke immer wieder reaktiviert werden. In diesem Zusammenhang lassen sich immer gleiche Begründungsmuster identifizieren, die für die Legitimation unterschiedlicher Maßnahmen-typen herangezogen werden. Die Funktion dieser Konzepte ist insbesondere für die schnelle Akquise neuer Projektmittel bedeutsam. Sie sagen wenig über die Einrichtungsstrukturen und die konkreten methodischen Zugänge zur Klientel aus und können als *entkoppelte Konzepte* bezeichnet werden, d.h. sie sind den verschiedenen Maßnahmen und Projekten vorgeschaltet, argumentieren stark individualisierend (problem- subjekt- gruppenbezogen).

Zum anderen lassen sich in den vorliegenden Selbstdarstellungen Hinweise auf Konzeptentwicklungsprozesse identifizieren, die flexibel gehalten sind und relativ konkret auf die Bedarfe der Adressaten und Adressatinnen eingehen. Dies sind zuvorderst Konzepte, die von gewachsenen Einrichtungen ausgehen, welche sich primär als ein Element der sozialen Infrastruktur im Gemeinwesen definieren. Konzepte dieser Art folgen der Logik einer *integrativen Konzept-Entwicklung*. Sie stellen explizit ihren partizipativen Charakter hervor, begründen die gewählten Methoden und Angebote zielgruppen- und sozialraumorientiert und lassen eine flexible Handlungslogik erkennen, die sich wiederum aus dem partizipativen Charakter ergibt. Diese Konzepte rahmen die Ansätze, die einem – bereits weiter oben beschriebenen – Integrationsverständnis als wechselseitigem Prozess folgen.

#### Konzeptentwicklung im professionellen Bereich



<sup>11</sup> vgl. Hinz-Rommel 1994, S. 24

<sup>12</sup> ebd.

## 2.4 Integrationsmaßnahmen zur politischen und strukturellen Einflussnahme

Integrationsmaßnahmen, die primär auf das politische System ausgerichtet sind, unterscheiden sich von den bisherigen Fällen darin, dass sie ihre Perspektive auf die *politischen Strukturen* richten, innerhalb derer Integrationspolitik gestaltet und umgesetzt wird. Sie führen stellvertretend die *Interessen von Migrantinnen und Migrantinnen* in die Entscheidungs- und Planungsprozesse ein und versuchen, an der Gestaltung der Integrationspolitik zu partizipieren. Darüber hinaus entwickeln sie in ihrem Rahmen spezifische Angebote der Fort- und Weiterbildung, der Beratung und Schulung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung, um auf die Bedarfe und Belange der Migrantinnen und Migrantinnen aufmerksam zu machen. Ziel ist u.a. die *Initiierung von politischen Prozessen*, die den gesellschaftlichen Status der Migrantinnen und Migrantinnen verbessern sollen.

Die für den professionellen Bereich identifizierte Sozialraumorientierung findet hier ihre Entsprechung auf der politischen Ebene. Solche Initiativen, Gremien, Ausschüsse stellen eine Beteiligung von Migrantinnen und Migrantinnen sicher und sensibilisieren für die Lebenssituationen und -lagen der Betroffenen. Hervorzuheben ist, dass in der Regel solche Projekte auf dem ehrenamtlichen Engagement der unterschiedlichsten Personen aus Vereinen, Politik, Kultur und Sozialer Arbeit beruhen und eine Minimalausstattung an hauptamtlichen Kräften gegeben ist. In einer Zusammenfassung lassen sich die grundlegenden Orientierungen, Zielsetzungen, methodischen Zugänge sowie die Adressaten der Arbeit folgendermaßen bündeln:

### **Interessenvertretung - politische Einflussnahme genuin politisch agierend**

Orientiert an	Rechtsstatus und politisch/rechtlichem Ist-Zustand
Zielt auf	Interessenstärkung - Sensibilisierung - politische Einflussnahme
Durch	Beratung, Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung Kontrolle
Gerichtet an	öffentliche Institutionen unter besonderer Berücksichtigung der politischen Administration

Veränderung struktureller, politischer Rahmenbedingungen

Der in diesem Zusammenhang zu identifizierende Integrationsbegriff gründet in der politisch-rechtlichen und sozialen Marginalisierung von Migrantinnen und Migrantinnen und fokussiert auf die politische Gleichstellung als Ziel der Integrationspolitik. Damit ist der Rechtsstatus von Migrantinnen und Migrantinnen der Ausgangspunkt integrationspolitischer Überlegungen. Initiativen in diesem Sek-



tor wollen auf die vielschichtigen Diskriminierungsprozesse in der Gesellschaft aufmerksam machen und nehmen insbesondere die gesellschaftlichen und damit auch politischen Strukturen samt ihrer internen Entscheidungs- und Selektionsmechanismen in den Blick.

Davon können hier jene Maßnahmen und Projekte abgegrenzt werden, die sich gerade im Zuge der aktuellen Förderpraxis der EU als sub-politische Projekte etablieren (etwa Projekte im Rahmen von XENOS, EQUAL). Im Unterschied zu dem oben genannten Projekttypus kristallisieren sich hier unterschiedliche Ziel- und Handlungsebenen sowie eine Vielfalt an Zielgruppen heraus. Explizit richten sich die Aktivitäten auf eine Strukturveränderung, die insbesondere die Ausgangsbedingungen von Migranten und Migrantinnen verbessern sollen. Gleichzeitig verfügen diese Maßnahmen jedoch nicht über jene Kompetenzen, die eine Veränderung in diesem Sinne allein herbeiführen können. Sie beziehen sich, um dieses strukturelle Problem zu umgehen, auf eine Vernetzungsphilosophie. Über die Einbindung der politischen Ebene sollen über einen breiten Aushandlungsprozess Ideen für eine gelingende Integration von Migranten und Migrantinnen entwickelt werden, die dann von den administrativ Verantwortlichen in Politik umgesetzt werden sollen. In ihrer internen Struktur lassen sich diese Projekte folgendermaßen zusammenfassen:

### Allround-Projekte

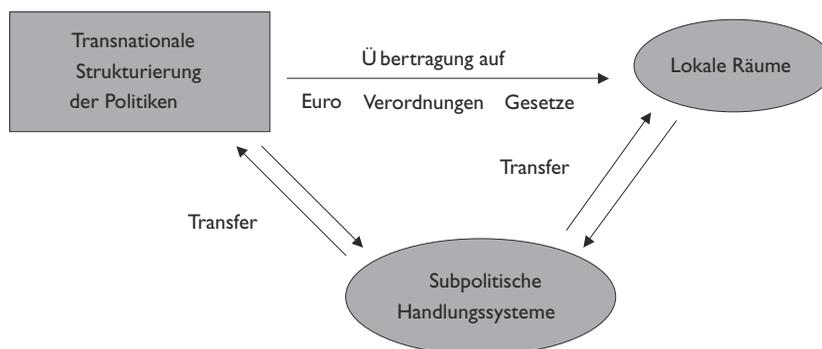
Ziel- und Handlungsebenen	Zielgruppen
Antirassismuserbeit	Migrantinnen
Partizipation	Deutsche
Berufliche Integration	Migrantinnenorganisationen
Strukturveränderung	Öffentlichkeit
Netzwerkarbeit	Behörden
Interkulturelle Kompetenz	Schulen
	Jugendliche
	zivilgesellschaftliche Gruppen
Strukturveränderung über Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Schulung, Beratung ...	

„sub-politisch“

Die Struktur der sogenannten ‚Allround-Projekte‘ weist auf eine zentrale politische Dimension der Integrationsarbeit hin. Ausgehend von europäischen Richtlinien und Programmen sind die zentralen Zielebenen lokaler und regionaler Integrationsarbeit in diesem Verständnis *arbeitsmarktpolitisch* und *antirassistisch* ausgerichtet. Dies zeigt sich u.a. in der Förderung und Umsetzung sog. *EU-Projekte*, die diese Zielstellungen praktisch bearbeiten.

Die Entwicklungen auf der europäischen Ebene haben folglich entscheidende Konsequenzen auf die Ausgestaltung lokaler Politik. Das folgende Schaubild verdeutlicht diesen Zusammenhang:

### Die politische Dimensionierung der Integration Ausdifferenzierung eines neuen Politikbegriffs



Derzeit sind, wie bereits erwähnt, arbeitsmarktpolitische und antirassistische Zielsetzungen vorgegeben: Damit lässt sich ein weiterer Integrationsbegriff identifizieren, der auch in der rheinland-pfälzischen ‚Projekt- und Maßnahmenkultur‘ entwickelt ist.

- Integration bedeutet die Verbesserung des Zugangs von Migrantinnen und Migranten zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- Integrative Maßnahmen zielen auf strukturelle Veränderungen, um den Zugang zu gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern.
- Integration fokussiert auf den Aspekt der interkulturellen Kompetenz und arbeitet darauf hin, dass die Ressourcen der Migranten und Migrantinnen, insbesondere für den wirtschaftlichen Sektor, besser erkannt und genutzt werden können.
- Schließlich soll darauf hin gearbeitet werden, dass rassistische Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungsprozesse behoben werden sollen. Analog dazu existieren bereits entsprechende Richtlinien der EU.

### 3. Typen der Integrationsarbeit in Ehrenamt, Profession und Politik

Im quantitativen Teil wurde deutlich, dass aufgrund der Struktur des Rücklaufs (hohe Beteiligung der Volkshochschulen) *Integration* zunächst als *strukturierter Prozess der Vermittlung der deutschen Sprache* gesehen wird. Sprachkurse werden in diesem Zusammenhang von den Befragten als explizite Integrationsmaßnahme definiert. Angebote finden sich darüber hinaus auch in weiteren Projekten und Maßnahmen, die jedoch noch weitere integrationsbezogene Handlungsorientierungen verfolgen.

### 3.1 Der ehrenamtliche Bereich

Im *ehrenamtlichen Bereich* finden sich etwa Angebote, die einen Beitrag zur *Strukturierung sozialer Kontakte im Gemeinwesen* leisten. Integrationsbezogene Maßnahmen richten sich auf die *Aufhebung der Segregation* im Gemeinwesen und wollen zur einer besseren Verständigung der unterschiedlichen ethnischen Gruppen beitragen. Die *Leitkategorie* in diesem Kontext ist die *Akzeptanz der kulturellen Vielfalt im Gemeinwesen*, die als Chance und Ressource für den sozialen Raum gesehen wird.

Angebote in diesem Sektor orientieren sich auch an einer verbesserten Sprachförderung. Jedoch ist – im Gegensatz zu den klassischen Sprachkursen – diese Förderung lebensweltlich organisiert. Das heißt, die Angebote finden in den gewachsenen Strukturen im Gemeinwesen statt (etwa Kirchengemeinden, Vereine) und integrieren dazu auch gesellige Angebote, die unter dem Stichwort *Strukturierung sozialer Kontakte* zu betrachten sind. Integrationsmaßnahmen in dieser Perspektive sind abhängig vom ehrenamtlichen Engagement der Bürger und Bürgerinnen.

Im ehrenamtlichen Bereich gibt es aber auch Angebote, die entlang eines komplexen Handlungskonzeptes landesweit umgesetzt werden. Diese Maßnahmen verfolgen einen Integrationsbegriff, der sich aus bildungsorientierten Handlungselementen zusammensetzt. In diesen Zusammenhängen geht es um den Abbau von Vorurteilen und der Sensibilisierung für die Lebenslagen und –situationen von Migrantinnen und Migranten. Diese Zielsetzungen sollen über Bildungsangebote erreicht werden.

Im ehrenamtlichen Bereich wird von den Akteuren und Akteurinnen immer schon auf die *Notwendigkeit der Kooperation* verwiesen. Integration bedeutet eine gemeinsame Anstrengung aller im Gemeinwesen zur verbesserten Organisation der Teilhabe.

### 3.2 Der professionelle Bereich

Im professionellen (beruflichen) Sektor der Integrationsarbeit lassen sich zwei Typen identifizieren. Der *sozialraumorientierte Typus* der Integrationspraxis gründet in der Bearbeitung der vorgefundenen Problem- und Bedarfslagen der Zielgruppen. Integration wird als ein wechselseitiger Prozess verstanden, innerhalb dessen die angebotenen Hilfen auf der Grundlage partizipativer Praxis entwickelt und umgesetzt werden. Die Angebote werden in Einrichtungen umgesetzt, die sich dem Sozialraum geöffnet haben; das heißt Einrichtungen, die ihre Angebote entlang der vorgefundenen Struktur des Sozialraums entwickeln.

Davon abzugrenzen sind Maßnahmentypen die eher *defizitorientiert* sind. Vornehmlich werden Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf ihren gesellschaftlichen Status als Minderheiten definiert, zudem ist mit den Angeboten eine Angleichung an die Mehrheitsgesellschaft intendiert. Integration wird als einseitiger Anpassungs- bzw. Assimilierungsprozess gesehen. Das zu Grunde liegende Integrationskonzept ist normativ und kriteriengeleitet.

### Typen der Integrationspraxis im Ehrenamt und Profession

Ressourcen- und entwicklungsorientierter Typus	Sozialraumorientierter Typus	Typus der einseitigen Anpassungsleistungen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialintegrativ, gemeinwesenorientiert</li> <li>• Unmittelbar fördernd und stützend</li> <li>• Akzeptanz von Unterschieden</li> <li>• Förderung sozialer Kontakte</li> <li>• Aufbau von niedrighschwelliger Unterstützungssystemen</li> <li>• Bildungsorientiert (an Subjekten, Gruppen)</li> <li>• Integration als Beitrag zur Gemeinwesenentwicklung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bearbeitung von Bedarfs- und Problemlagen</li> <li>• Integration als wechselseitiger Prozess</li> <li>• Beitrag zur Entwicklung des Gemeinwesens</li> <li>• Passgenaue Hilfen und Unterstützungsleistungen</li> <li>• Flexible, ‚offene‘ Einrichtungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Defizitorientierter Blick auf Klientel</li> <li>• Veränderungspraxis, Angleichung an Mehrheitsgesellschaft</li> <li>• Normativ und kriteriengeleitet</li> </ul>

### 3.3 Integrationsmaßnahmen auf der politischen Ebene

Der in diesem Zusammenhang zu identifizierende Integrationsbegriff gründet in der politisch-rechtlichen und sozialen Marginalisierung von Migrantinnen und Migranten und fokussiert auf die *politische Gleichstellung* als Ziel der Integrationspolitik. Damit ist der Rechtsstatus von Migranten und Migrantinnen der Ausgangspunkt integrationspolitischer Überlegungen.

Daneben haben wir es mit Projekten und Maßnahmen zu tun, die einem Integrationsbegriff folgen, der durch die politischen Vorgaben der Europäischen Union formiert ist. In diesem Zusammenhang werden *ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Orientierungsgrößen* eingezogen: Integration bedeutet die Verbesserung des Zugangs von Migranten und Migrantinnen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Projekte und Maßnahmen richten sich auf die *gesellschaftliche Strukturierung des Integrationsprozesses*: Integrative Maßnahmen zielen auf strukturelle Veränderungen, um den Zugang zu gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern. Integration bedeutet die Durchsetzung eines neuen Blicks auf die *Kompetenzen der Migranten und Migrantinnen*: Integration fokussiert auf den Aspekt der interkulturellen Kompetenz und arbeitet darauf hin, dass die Ressourcen der Migrantinnen und Migranten, insbesondere für den wirtschaftlichen Sektor, besser erkannt und genutzt werden können. Schließlich soll darauf hin gearbeitet werden, dass *rassistische Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungsprozesse* behoben werden sollen.

### 3.4 Ausblick auf Strukturierung und Innovation der Integrationsarbeit

Die Analyse des Datenmaterials zeigt, dass die Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz eine heterogene, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte Praxis darstellt, die von jeweils unterschiedlichen Motiv-, Interessen- und Bedarfslagen geprägt ist. Daraus resultiert eine Fülle von Handlungsorientierungen, die von den Akteuren und Akteurinnen verfolgt werden. Die oben dokumentierten Integrationsbegriffe, die über die vorlegte Analyse generiert wurde, verdeutlichen diese Heterogenität. Will man sich zukünftig über Integrationsmaßnahmen verständigen, so sind u.E. jeweils strukturelle Unterscheidungen der beobachteten Projekte hinsichtlich der Zielgruppenorientierung, des Hand-



- lungskontextes, der zeitlichen Struktur und der verfolgten Handlungsmotivationen vorzunehmen:
- Welche Zielgruppen werden wie in den Blick genommen?
- In welchen Handlungskontexten wird die Arbeit umgesetzt?  
Über welchen zeitlichen und personellen Umfang verfügen die verschiedenen Maßnahmen und Projekte?
- Schließlich: welche Motivationen liegen der Arbeit zu Grunde?

Insgesamt sollte es gelingen, einen *strukturierten Austausch über die Konzepte* aller Handlungsfelder (Ehrenamt, Profession, Politik und auch Wirtschaft) auf lokaler und landesweiter Ebene zu etablieren. Die daraus resultierenden Ergebnisse würden einen wesentlichen Beitrag für eine *verbesserte Maßnahmen- und Programmplanung* darstellen. Zudem liefert ein solcher Austausch genauere Aufschlüsse über die leitenden Integrationsbegriffe der Akteure und Akteurinnen sowie über die Wirksamkeit der gewählten Arbeitsformen. Ein solcher Austauschprozess würde auch gerade im Hinblick auf die *Qualität der Integrationsarbeit* wirken. Dabei werden bestimmte Faktoren wichtig:

Erstens: Die Träger von Integrationsmaßnahmen müssen die *Balance von institutioneller Kontinuität und schneller Akquise* aushalten. Dazu bedarf es spezifischer Rahmenbedingungen, insbesondere auf der Ebene des personellen Rückhalts der Einrichtungen. Viele Träger müssen zum einen die praktische, alltägliche Arbeit bewältigen, zum anderen immer schon das nächste Projekt akquirieren, um ihren Bestand auch zukünftig sichern zu können. Über eine Organisation gegenseitigen Lernens könnten die unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen auf bereits bestehende Konzepte und Erfahrungen zurückgreifen, die sie für die Ausgestaltung ihres eigenen Handlungsfeldes benötigen. Zweitens: Um eine auf Dauer wirksame Integrationsarbeit sicherstellen zu können, bedarf es einer gewissen Kontinuität des Personalstamms. Diese wird bisweilen von der Kurzfristigkeit mancher Projekte behindert. Letztlich ist die Qualität von Maßnahmen immer schon in Abhängigkeit zu gewachsenen Arbeitsteams und institutionellen Leitbildern zu sehen.

Drittens: Entscheidend für die Integrationsarbeit ist, in einem modernen Verständnis, die Beteiligung der Zielgruppen an der Maßnahmenplanung, -gestaltung, -durchführung und -bewertung. Sie ist der Gradmesser für wirksame Integrationsprojekte und -initiativen. Auch hier stellt sich jedem Träger die Frage, wie Zugänge zur Klientel gefunden werden können, wen man aus dem Gemeinwesen (als Multiplikator oder Multiplikatorin) beteiligen muss und schließlich, welche Angebote wie umgesetzt werden können, so dass sie tatsächlich die gewünschte integrative Wirkung entfalten können.

Schließlich viertens: In der ausdifferenzierten Form unterschiedlicher Träger und Anbieter auf dem ‚sozialen Markt‘ ist deren echte Einbindung in die soziale Infrastruktur des Sozialraums entscheidend. Dies wird sowohl über den Grad der Öffnung der Institution zu den Lebenswelten der Adressatengruppen als auch den entwickelten Kooperationsformen mit weiteren Akteuren und Akteurinnen im Feld sichtbar.

## 4. Zusammenfassung

### 4.1 Um was geht es? Inhaltliche Hauptlinien der Integrationsarbeit

An der Bestandsaufnahme beteiligten sich 163 Träger und andere Institutionen. Diese meldeten für den Zeitraum 2000 bis 2002 insgesamt 866 Maßnahmen, die sie dem Arbeitsbereich Integration zuordnen. Volkshochschulen, Kommunen und lokale Träger stellen dabei die größte Gruppe dar. Aufgrund der hohen Beteiligung der Volkshochschulen liegt ein inhaltlicher Schwerpunkt der erfassten Integrationsmaßnahmen auf dem *sprachfördernden Bereich*. Darunter fallen unter anderem Sprach- und Alphabetisierungskurse.

Ein weiterer identifizierter Schwerpunkt ist die *Öffentlichkeitsarbeit*. Angebote in diesem Rahmen richten sich sowohl an Migrantinnen und Migranten als auch an Einheimische und umfassen einmalige und regelmäßige Veranstaltungen (z.B. interkulturelle Wochen) sowie Publikationen unterschiedlichster Art.

Auch *Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen* nehmen Migrantinnen und Migranten sowie Einheimische in den Blick. Das Spektrum dieser Arbeit reicht z. B. von Seminaren zur Kindererziehung, die sich an Menschen türkischer Herkunft richten, bis hin zu einmaligen Veranstaltungen zu umfassenden religiösen und kulturellen Themen.

*Soziale Angebote*, die sich explizit an Migrantinnen und Migranten richten, sind in der vorliegenden Bestandsaufnahme breit vertreten. Darunter fallen überwiegend *ehrenamtlich getragene Initiativen und Aktivitäten* wie Stammtische und Teestuben, die einen Beitrag zur Freizeitgestaltung der Zielgruppen im Lebensraum beitragen, die aber auch explizit fördernde und unterstützende Arbeitsanteile aufweisen. So werden beispielsweise Beratungsleistungen von Ehrenamtlichen derart umgesetzt, dass sie spezifische Problemlagen der Zielgruppen aufgreifen und bearbeiten. Daneben sind in diesem Feld Maßnahmen zu identifizieren, welche die Begegnung von Migrantinnen und Migranten mit Menschen deutscher Herkunft fördern und Gelegenheit zum Austausch bieten. Freizeiten und Ferienangebote für Kinder und Jugendliche wurden darüber hinaus explizit als Integrationsmaßnahmen definiert.

Angebote, die dem Arbeitsfeld der *psychosozialen Hilfe* zuzuordnen sind, umfassen ein breites Spektrum an Beratungen etwa in den Bereichen Asyl und allgemeine Lebensberatung. Diese werden überwiegend von Hauptamtlichen der Sozialen Arbeit getragen. Jedoch wurden auch Beratungsangebote, die von Ehrenamtlichen angeboten werden, identifiziert.

Für den Bereich der *sozialen und beruflichen Integration* wurden Berufsvorbereitungs- sowie Orientierungskurse, überbetriebliche Ausbildungen und Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen als Integrationsmaßnahmen ausgewiesen. Unter die Zielrichtung soziale Integration gruppieren sich insbesondere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, die u.a. in den Feldern der Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt werden. Daneben wurden von den Befragten Angebote der aufsuchenden Sozialarbeit und der Gemeinwesenarbeit als Integrationsmaßnahmen ausgewiesen.

Schließlich wurden Projekte erfasst, die explizit auf eine verbesserte *Interessenvertretung* und *Strukturveränderungen* abzielen und im politischen Raum anzusiedeln sind. Darunter fallen themenspezifische Arbeitskreise, Ausländerbeiräte sowie landesweit agierende Initiativen mit den Schwerpunkten Asyl- und Migrationspolitik.

#### 4.2 Von wem ist die Rede? Zielgruppen der Integrationsarbeit

Analog zu der Vielfalt der Maßnahmen und Angebote werden unterschiedliche Zielgruppen der Integrationsarbeit benannt. Dabei ist *keine einheitliche Zielgruppendefinition* auszumachen. Identifiziert wurden Maßnahmen, die sich ausschließlich oder unter anderem an Migrantinnen und Migranten bzw. an Einheimische richten; insgesamt blieben jedoch die Definitionen – entlang dieser Polarisierung - tendenziell unbestimmt. Lediglich zwei Zielgruppen werden in einzelnen Maßnahmen eindeutig erwähnt, Asylsuchende sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Gruppierungen, denen u.a. Sprachkurse, aufsuchende Sozialarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsleistungen angeboten werden.

Einheimische werden insbesondere über spezielle Informationsangebote und Aktivitäten zur Erhöhung der Akzeptanz unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen in den Blick genommen.

Insgesamt zeigt die Auswertung, dass die gemeldeten Maßnahmen und Projekte *eher Erwachsene ansprechen*, diese wurde bei ca. einem Drittel der analysierte Fälle als Zielgruppe genannt. Aber auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Fachkräfte, Lehrpersonal oder Ehrenamtliche) sowie Kinder und Jugendliche wurden als Zielgruppen der Arbeit hervorgehoben. Jedoch blieb der überwiegende Teil der Fälle im Hinblick auf die Zielgruppendefinition unspezifiziert.

In insgesamt 10,5 Prozent der Fälle wurde der geschlechtsspezifische Charakter der Angebote erwähnt. Dabei handelt es sich überwiegend um solche, die sich an Frauen richten. Dieses Ergebnis ist insofern interessant, als keine spezielle Abfrage der geschlechtsspezifischen Ausrichtung der Maßnahme erfolgt ist.

#### 4.3 Ausstattung und Reichweite der gemeldeten Integrationsmaßnahmen

Die Auswertung zeigt, dass die erhobenen Maßnahmen überwiegend durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden. Daneben sind in ca. 22 Prozent der Fälle auch Ehrenamtliche beschäftigt, wobei 71 Maßnahmen ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement getragen werden.

Im Hinblick auf die Finanzierung der Integrationsmaßnahmen wurden am Häufigsten Kommunen als Finanzierungsträger angegeben, aber auch das Land Rheinland-Pfalz wurde in diesem Kontext hervorgehoben. In 36 Prozent der Fälle wird deutlich, dass die jeweiligen Angebote u.a. durch die Selbstbeteiligung der Adressatinnen und Adressaten getragen werden. Genauere Aufschlüsse über die Finanzierungsmodalitäten der gemeldeten Maßnahmen lassen diese Auswertung allerdings nicht zu.

Die meisten in die Auswertung eingeflossenen Integrationsmaßnahmen sind im kommunalen Raum angesiedelt (697 Maßnahmen), die weiteren Maßnahmen orientieren sich landesweit. Dies betrifft u.a. jene Maßnahmen, die als politisch agierende Initiativen definiert wurden.

#### 4.4 Typen der Integrationsarbeit

Die Analyse der Fälle im Kontext Ehrenamt, Profession und Politik ergab vier Typen der Integrationsarbeit.

Erstens, der *ressourcen- und entwicklungsorientierte Typus* der Integration orientiert sich eher kleinräumig an den Lebenswelten der Adressatinnen und Adressaten. Die mit ihm verknüpfte Praxis zielt auf die unmittelbare Unterstützung von Migrantinnen und Migranten und auf die Förderung sozialer Kontakte im Gemeinwesen.

Zweitens, der *sozialraumorientierte Typus* überschreibt eine Praxis, die Integration als einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Gemeinwesens definiert und an den sich der ressourcenorientierte Typus nahtlos anschließen lässt. In diesem Zusammenhang wird Integration als wechselseitiger Prozess verstanden, der sowohl die Vertreterinnen und Vertreter der sog. Mehrheitsgesellschaft ebenso in die Pflicht nimmt, wie die Gruppe der Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus geht es in solch angelegten Maßnahmen um die Sicherstellung ‚passgenauer‘ Hilfen, deren Planung sich an in den beobachteten Bedarfs- und Problemlagen der unterschiedlichen Gruppierungen orientiert. Träger solcher Maßnahmen verstehen ihre Einrichtungen als ‚flexible‘ Organisationen, die kontinuierlich die Entwicklungen im Sozialraum aufgreifen und bearbeiten.

In Abgrenzung dazu wurde drittens ein Typus identifiziert, der Integration als *einseitige Anpassungsleistung* definiert. Migranten und Migrantinnen sind im Hinblick auf die Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft Träger von Defiziten, die im Zuge spezifischer Angebote und Maßnahmen bearbeitet werden sollen. Leitend ist die Figur der „Veränderungspraxis“, die auf die Angleichung der Adressatinnen und Adressaten an die Mehrheitsgesellschaft zielt.

Schließlich viertens, auf einer politischen Ebene wurden Maßnahmen und Initiativen identifiziert, die zum einen ihren Ausgangspunkt in der sozialen und rechtlichen Marginalisierung von Migrantinnen und Migranten haben und deren Praxis auf die politische und gesellschaftliche Gleichstellung ausgerichtet ist. Zum anderen lassen sich Initiativen und Projekte identifizieren, die auf die Herstellung von Chancengleichheit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abzielen. In diesen Zusammenhängen spielen insbesondere die Richtlinien der Europäischen Union eine wesentliche Rolle.



# Anhang

**Tabelle 8: Übersicht über die Anzahl der gemeldeten Integrationsmaßnahmen in den rheinland-pfälzischen Regionen (Rangfolge)**

	<i>Häufigkeit</i>	<i>Prozent</i>
Landkreis Rhein-Lahn	108	12,5
Stadt Mainz	96	11,1
Landkreis Rheinpfalz	78	9,0
Landkreis Mayen-Koblenz	46	5,3
Stadt Trier	40	4,6
Landkreis Westerwald	32	3,7
Landkreis Rhein-Hunsrück	25	2,9
Stadt Landau/Pf.	24	2,8
Landkreis Neuwied	21	2,4
Stadt Kaiserslautern	21	2,4
Landkreis Mainz-Bingen	21	2,4
Landkreis Daun	19	2,2
Landkreis Altenkirchen	18	2,1
Landkreis Bad Kreuznach	17	2,0
Landkreis Birkenfeld	16	1,8
Landkreis Bernkastel-Wittlich	15	1,7
Stadt Ludwigshafen	15	1,7
Stadt Koblenz	14	1,6
Landkreis Bad Dürkheim	13	1,5
Landkreis Ahrweiler	12	1,4
Landkreis Südwestpfalz	9	1,0
Landkreis Südliche Weinstraße	8	0,9
Stadt Worms	5	0,6
Landkreis Trier-Saarburg	4	0,5
Stadt Neustadt/Weinstraße	4	0,5
Landkreis Alzey-Worms	4	0,5
Landkreis Bitburg-Prüm	3	0,3
Stadt Pirmasens	3	0,3
Landkreis Donnersberg	3	0,3
Landkreis Kaiserslautern	2	0,2
Stadt Speyer	1	0,1

**Tabelle 13: Inhaltliche Ausrichtung der 46 aus dem Landkreis Mayen-Koblenz gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 46, Antworten: 78)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Sprach-/Alphabetisierungskurse	15	32,6%
berufliche Integration	10	21,7%
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	8	17,4%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	8	17,4%
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	7	15,2%
Fort- und Weiterbildung	5	10,9%
Jugendarbeit	5	10,9%
kulturelle Angebote	5	10,9%
Soziale Angebote für Migranten/innen	4	8,7%
Beratungsangebote	4	8,7%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	3	6,5%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	3	6,5%
Freizeiten/Ferienangebote	1	2,2%
Antworten insgesamt	78	169,6%

**Tabelle 14: Inhaltliche Ausrichtung der 40 aus der Stadt Trier gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 40, Antworten: 59)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	12	30%
Soziale Angebote für Migranten/innen	10	25%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	8	20%
Beratungsangebote	7	17,5%
berufliche Integration	5	12,5%
Sprach-/Alphabetisierungskurse	4	10%
kulturelle Angebote	3	7,5%
Fort- und Weiterbildung	3	7,5%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	2	5%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	1	2,5%
Jugendarbeit	1	2,5%
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	1	2,5%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1	2,5%
Sonstiges	1	2,5%
Antworten insgesamt	59	147,5%

**Tabelle 15: Inhaltliche Ausrichtung der 32 aus dem Landkreis Westerwald gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 32, Antworten: 42)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Sprach-/Alphabetisierungskurse	21	65,6%
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	4	12,5%
Jugendarbeit	4	12,5%
kulturelle Angebote	2	6,3%
Beratungsangebote	2	6,3%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	2	6,3%
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	2	6,3%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1	3,1%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1	3,1%
berufliche Integration	1	3,1%
Freizeiten/Ferienangebote	1	3,1%
Sonstiges	1	3,1%
Antworten insgesamt	42	131,3%

**Tabelle 16: Inhaltliche Ausrichtung der 25 aus dem Landkreis Rhein-Hunsrück gemeldeten Integrationsmaßnahmen (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 25, Antworten: 54)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	14	56%
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	7	28%
Soziale Angebote für Migranten/innen	6	24%
berufliche Integration	5	20%
kulturelle Angebote	5	20%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	4	16%
Beratungsangebote	4	16%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	3	12%
Freizeiten/Ferienangebote	2	8%
Sprach-/Alphabetisierungskurse	1	4%
Fort- und Weiterbildung	1	4%
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	1	4%
Jugendarbeit	1	4%
Antworten insgesamt	54	216%

**Tabelle 17: Inhaltliche Ausrichtung der jeweils aus den Landkreisen oder kreisfreien Städten gemeldeten Integrationsmaßnahmen (Absolute Nennungen)**

<b>Stadt Landau</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 24, Antworten: 28)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	20
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	4
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	4
<b>Landkreis Neuwied</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 21, Antworten: 24)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	13
Soziale Angebote für Migranten/innen	4
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Fort- und Weiterbildung	1
berufliche Integration	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
kulturelle Angebote	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Förderung in Kindertagesstätten	1
<b>Stadt Kaiserslautern</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 21, Antworten: 22)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	12
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	7
Soziale Angebote für Migranten/innen	1
berufliche Integration	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
<b>Landkreis Mainz-Bingen</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 21, Antworten: 32)	
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	11
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	11
Fort- und Weiterbildung	7
Sprach-/Alphabetisierungskurse	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Freizeiten/Ferienangebote	1

<b>Landkreis Daun</b> (gemeldete Integrationsmaßnahme: 19, Antworten: 28)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	9
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	3
Beratungsangebote	3
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	3
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	2
Freizeiten/Ferienangebote	2
Soziale Angebote für Migranten/innen	1
berufliche Integration	1
kulturelle Angebote	1
Jugendarbeit	1
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	1
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1
<b>Landkreis Altenkirchen</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 18, Antworten: 27)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	7
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	6
Soziale Angebote für Migranten/innen	4
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	2
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	2
Beratungsangebote	1
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Jugendarbeit	1
Vernetzung und Koordination	1
Sonstiges	1
<b>Landkreis Bad-Kreuznach</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 17, Antworten: 19)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	11
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	2
Soziale Angebote für Migranten/innen	2
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1

Beratungsangebote	1
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	1
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1
<b>Landkreis Birkenfeld</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 16, Antworten: 30)	
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	6
Soziale Angebote für Migranten/innen	6
Beratungsangebote	4
Sprach-/Alphabetisierungskurse	3
Jugendarbeit	3
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	2
Freizeiten/Ferienangebote	2
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
Vernetzung und Koordination	1
Sonstiges	1
<b>Landkreis Bernkastel-Wittlich</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 15, Antworten: 19)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	13
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	2
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Integrationshelfer/innen, Integrationslotse	1
<b>Stadt Ludwigshafen</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 15, Antworten: 24)	
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	6
berufliche Integration	4
Soziale Angebote für Migranten/innen	3
Sprach-/Alphabetisierungskurse	2
Beratungsangebote	2
Fort- und Weiterbildung	2
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1

kulturelle Angebote	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Jugendarbeit	1
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1
<b>Stadt Koblenz</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 14, Antworten: 19)	
Soziale Angebote für Migranten/innen	4
Beratungsangebote	3
Sprach-/Alphabetisierungskurse	2
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	2
Fort- und Weiterbildung	2
berufliche Integration	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
kulturelle Angebote	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Jugendarbeit	1
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1
<b>Landkreis Bad Dürkheim</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 13, Antworten: 14)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	12
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
<b>Landkreis Ahrweiler</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 12, Antworten: 18)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	3
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	3
Soziale Angebote für Migranten/innen	3
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	2
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	2
berufliche Integration	1
kulturelle Angebote	1
Vernetzung und Koordination	1
Förderung in Kindertagesstätten	1

Sonstiges	1
<b>Landkreis Südwestpfalz</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 9, Antworten: 9)	
Freizeiten/Ferienangebote	6
Soziale Angebote für Migranten/innen	3
<b>Landkreis Südliche Weinstraße</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 8, Antworten: 10)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	4
Jugendarbeit	2
Beratungsangebote	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Aufsuchende Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit	1
Sonstiges	1
<b>Stadt Worms</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 5, Antworten: 7)	
Soziale Angebote für Migranten/innen	2
Beratungsangebote	2
Sprach-/Alphabetisierungskurse	1
Jugendarbeit	1
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1
<b>Landkreis Trier-Saarburg</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 4, Antworten: 11)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	2
Fort- und Weiterbildung	2
Soziale Angebote für Migranten/innen	2
kulturelle Angebote	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1
Jugendarbeit	1
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1
Sonstiges	1
<b>Stadt Neustadt an der Weinstraße</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 4, Antworten: 9)	
Soziale Angebote für Migranten/innen	2
Sprach-/Alphabetisierungskurse	1

Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
kulturelle Angebote	1
Beratungsangebote	1
Begegnung von Migrant*innen/Einheimischen	1
Hilfe bei Schulschwierigkeiten	1
Förderung in Kindertagesstätten	1
<b>Landkreis Alzey-Worms</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 4, Antworten: 6)	
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	2
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	2
Fort- und Weiterbildung	1
Beratungsangebote	1
<b>Landkreis Bitburg-Prüm</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 3, Antworten: 4)	
Beratungsangebote	2
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
<b>Stadt Pirmasens</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 3, Antworten: 3)	
Sprach-/Alphabetisierungskurse	2
Begegnung von Migrant*innen/Einheimischen	1
<b>Landkreis Donnersberg</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 3, Antworten: 7)	
kulturelle Angebote	2
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	1
Soziale Angebote für Migrant*innen	1
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	1
Beratungsangebote	1
Jugendarbeit	1
<b>Landkreis Kaiserslautern</b> (gemeldete Integrationsmaßnahmen: 2, Antworten: 2)	
Förderung in Kindertagesstätten	1
Sonstiges	1

<b>Stadt Speyer</b> (gemeldete Integrationsmaßnahme: 1, Antworten: 2)	
Soziale Angebote für Migranten/innen	1
Begegnung von Migranten/innen/Einheimischen	1

**Tabelle 18: Inhaltliche Ausrichtung der 15 gemeldeten Integrationsmaßnahmen mit regionaler Auswirkung (absolut und Prozent der Fälle; Fälle: 15, Antworten: 22)**

	<i>absolut</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
berufliche Integration	8	53,3%
Sprach-/Alphabetisierungskurse	6	40%
Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung/Information	3	20%
Gesellschaftspolitische Aktivitäten	2	13,3%
Fort- und Weiterbildung	1	6,7%
Beratungsangebote	1	6,7%
Integrationsseminare/Integrationshelfer/innen	1	6,7%
Antworten insgesamt	22	146,7%



Bisher in dieser Reihe erschienen:

**Interkulturelle Mediation** - Konflikte als Chance begreifen

**Deutscher Pass – Ziel erreicht?** Das neue Staatsangehörigkeitsrecht und seine Auswirkungen auf die Multiplikatorenarbeit  
Dokumentation des I. Integrationsforums Rheinland-Pfalz 1999  
Oktober 2000

**Der Islam in europäischen Nachbarländern** – am Beispiel diskutiert  
Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung vom 4. Mai 2000 in Mainz mit Experten aus Großbritannien, Frankreich, Österreich und den Niederlanden  
September 2001

**Ohne Sprache geht es nicht** – Anforderungen in einer Einwanderungsgesellschaft  
Dokumentation des II. Integrationsforums Rheinland-Pfalz 2000  
Dezember 2001

**Störenfried oder Begleiter?** Die fremdsprachigen Medien im Integrationsprozess  
Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung vom 15. Mai 2001  
April 2002

**Diskriminierung – Ende in Sicht!?** Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz  
Dokumentation des III. Integrationsforums Rheinland-Pfalz vom 4. Dezember 2001  
November 2002

**Alles „anti“ – alles klar?** Antidiskriminierung im europäischen Vergleich  
Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung vom 22. Mai 2002 mit Experten aus Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Schweden und vom EUMC, Wien, November 2002

**Fünfzehn Jahre Landesbeauftragte für Ausländerfragen: Bilanz & Perspektiven**  
Dokumentation des IV. Integrationforums vom 12. November 2002 in Mainz  
Mai 2003

**Fünfzehn Jahre Landesbeauftragte für Ausländerfragen: Bilanz & Perspektiven**  
Dokumentation des IV. Integrationforums vom 12. November 2002 in Mainz  
Mai 2003

**Barrieren abbauen – Zugänge schaffen: Ältere Migrantinnen und Migranten**  
in der Gesundheitsversorgung  
Dokumentation des Pilotprojekts BACI im Landkreis Alzey-Worms  
September 2003

Sandra Huth, Dipl.-Päd.  
wiss. Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogische  
Forschung Mainz e.V.

Hans-Peter Frühauf, Dipl.-Päd.  
wiss. Mitarbeiter am Institut für Sozialpädagogische  
Forschung Mainz e.V.

## Impressum

Herausgeberin: Landesbeauftragte für Ausländerfragen bei der  
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Redaktion: Mechthild Gerigk-Koch M.A.  
Dr. Stefan Zakrzewski

Satz & Layout: artfive, Mainz  
[www.artfive.de](http://www.artfive.de)

Druck: Druckerei Eckoldt, Ingelheim

Mainz 2004